



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

16. Sitzung vom 16. Mai 2022

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.21 Uhr

Leitung: Sven Inäbnit (Präsident)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Andrea Alt, Mike Keller (GP)

Susanne Tribolet (anwesend ab 19.45 Uhr)

GR Barbara Jost (anwesend ab 20.45 Uhr)

Präsident:

Sven Inäbnit

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP begrüsst die Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Speziell möchte er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger und Linda Gerstner, welche das Protokoll führt und die Abstimmungsanlage bedient, willkommen heissen. Er begrüsst selbstverständlich auch die übrigen Mitarbeitenden der Verwaltung, die Vertreter der Medien und last but not least eine zahlreiche Zuschauerschaft. Herzlich willkommen liebe Gäste. Es zeigt, dass heute etliche gewichtige Geschäfte beraten werden.

In der Tat finden vor der Sommerpause noch zwei Sitzungen statt mit einigen gewichtigen Geschäften. Heute wird damit gestartet. Es sind wichtige Weichenstellungen für die Gemeinde. Der Präsident ist überzeugt, dass die Geschäfte hier im Rat fundiert und kompetent beraten und dass alle in der Diskussion im Sinne einer bestmöglichen Lösung für Binningen beitragen werden. Dazu wünscht er allen Anwesenden viel Erfolg und auch Hand zu Kompromissen, um die Gemeindeanliegen rasch vorwärts bringen zu können.

Auch heute muss er leider wieder drei Rücktritte bekannt geben. Einerseits tritt Stephan Appenzeller, wie längst bekannt, am 31. Mai 2022 aus dem Einwohnerrat aus und wird Gemeinderat. Sein Nachfolger von der SP-Fraktion ist Richard Bränlich. Er wünscht ihm bereits an dieser Stelle viel Erfolg im neuen Amt. Andererseits hat auch Susanne Tribolet per 31. Mai 2022 ihren Rücktritt aus dem Rat mitgeteilt. Dort läuft der Nachfolgeprozess noch. Per 30. Juni 2022, also auf Ende dieses Amtsjahrs, wird zudem Andrea Schilling von der Fraktion Grüne/EVP leider zurücktreten. Die Verabschiedungen wird der Redner am Schluss der Sitzung vornehmen.

Mitteilungen aus dem Einwohnerrat-Büro

Die Fraktionen – und dies konnten die Anwesenden heute bereits physisch zur Kenntnis nehmen – haben beschlossen, die Einwohnerratssitzungen auch weiterhin in der Sitzungsordnung abzuhalten, wie sie während der Corona-Zeit war. Also zwar an zusammengeschobenen Pulten, aber nicht mehr zu zweit an einem Tisch. Das Büro hat entschieden, an dieser Sitzordnung bis auf Weiteres festzuhalten.

Dann liegt ein Vorschlag des Gemeinderats zu den Modalitäten in den Spezialkommissionen vor. Es kam in der Vergangenheit immer wieder zu gewissen Unklarheiten in verschiedenen Punkten bei den Spezialkommissionen. Nun liegt ein Papier vor, an welchem man sich orientieren und an das man sich halten kann, wenn man über Spezialkommissionen und wie diese auch über die Legislaturgrenzen hinaus alimentiert werden sollen, befindet. Das Papier wird an der nächsten Büro-Sitzung beraten.

Entschuldigungen

Für die Sitzung hat sich Andrea Alt, Mitte/glp entschuldigt. Susanne Tribolet, SP, wird sich etwas verspäten. Seitens Gemeinderat hat sich Gemeindepräsident Mike Keller entschuldigt. Gemeinderätin Barbara Jost wird etwas später eintreffen. Damit sind es 38 Ratsmitglieder und das absolute Mehr liegt bei 20. Wenn Susanne Tribolet dazu stösst, sind es 39 Ratsmitglieder. Das absolute Mehr bleibt aber bei 20.

Neue Vorstösse

Nr. 113, Anfrage B. Fankhauser, SVP: Versorgungsregion

Zu dieser Anfrage liegt eine schriftliche Antwort des Gemeinderats in elektronischer Form vor. Der Präsident kommt am Schluss der Sitzung nochmals kurz auf die Anfrage zu sprechen.

Zu Beginn der Sitzung werden zwei Testabstimmungen durchgeführt. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Traktandenliste

Präsident *Sven Inäbnit*, FDP teilt mit, das Einwohnerratsbüro schlägt dem Rat einstimmig den Einschub eines neuen Traktandums «Ersatzwahl eines GRPK-Mitglieds ab 1. Juni 2022» für Susanne Tribolet vor. Die anderen Ersatzwahlen können erst an der Juni-Sitzung vorgenommen werden.

://: Die Traktandenliste wird um folgendes Traktandum ergänzt:
- Traktandum 2: Ersatzwahl eines GRPK-Mitglieds ab 1. Juni 2022 für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024.

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

| | Gesch. Nr. |
|--|----------------|
| 1. Genehmigung des Protokolls vom 4. April 2022 | |
| 2. Ersatzwahl eines GRPK-Mitglieds ab 1. Juni 2022 für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024 | 114 |
| 3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26. April 2022 Reglement über den Fonds für Infrastrukturabgaben, 2. Lesung Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 88 |
| 4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12. April 2022 Revision Verwaltungs- und Organisationsreglement sowie Polizeireglement, 2. Lesung Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 72 |
| 5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26. April 2022 Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger | 21 |
| 6. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 25. April 2022 Investition, Zonenmutation und Friedhofsbaulinie für Werkhofneubau, Bericht der BPK Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 138/XII |
| 7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26. April 2022 Mutation Gewässerraum Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 112 |
| 8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26. April 2022 Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 118/XII |
| 9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26. April 2022 Postulat D. Zimmermann, FDP: Defibrillator - frei zugänglich Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 101 |
| 10. Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 4. April 2022

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP informiert, beim Einwohnerrats-Büro seien keine Änderungsanträge eingegangen. Das Büro schlägt vor, das Protokoll zu genehmigen und zu verdanken.

Keine Wortmeldungen.

BESCHLUSS

::: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 114

Ersatzwahl eines GRPK-Mitglieds ab 1. Juni 2022

Präsident Sven Inäbnit, FDP teilt mit, dass Susanne Tribolet per Ende Mai aus dem Rat ausscheiden wird. Es geht um die Ersatzwahl eines ordentlichen Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats § 49 Abs. 2 gilt das Prinzip der Stillen Wahl, wenn die Anzahl der vorgeschlagenen Kandidaten der Anzahl zu Wählenden entspricht.

Simone Abt, SP stellt den Ratsmitgliedern namens der SP-Fraktion Richard Bräunlich vor. Er ist hier im Saal anwesend. Richard Bräunlich hat das Nachrücken in den Einwohnerrat angenommen und wird an der nächsten Sitzung bereits als Ratsmitglied teilnehmen. Die Fraktion möchte ihn für den Platz in der GRPK vorschlagen.

Der Präsident erklärt, es spreche nichts dagegen, Richard Bräunlich bereits jetzt vorsorglich zu wählen. Er hat signalisiert, dass er das Amt annehmen wird. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

::: Richard Bräunlich, SP, wird ab 1. Juni 2022 für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024 als Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Der Präsident gratuliert Richard Bräunlich zur Wahl und wünscht ihm bereits jetzt viel Erfolg, sei es hier im Rat und dann natürlich auch in den Kommissionen. Herzlich willkommen.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 88

Reglement über den Fonds für Infrastrukturabgaben, 2. Lesung

::: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Präsident Sven Inäbnit, FDP weist darauf hin, dass in der ersten Lesung eine Änderung beschlossen und eingefügt wurde. Diese ist in der neuen Version des Reglemententwurfs bereits in Rot verarbeitet.

Reglement über den Fonds für Infrastrukturabgaben

Titel und Ingress

Keine Wortmeldungen.

§ 1 Zweck

Keine Wortmeldungen.

§ 2 Finanzierung

Simone Abt, SP befürchtet, sie mache sich unbeliebt, wenn sie dem Rat empfiehlt, auf die Änderung aus der ersten Lesung zurückzukommen und den eingefügten Absatz wieder zu streichen. Sie macht dies aus folgendem Grund. Es geht der Fraktion absolut nicht um den Inhalt. Wie sie an der Büro-Sitzung vor mittlerweile einem Monat bereits dargelegt hat, spricht nichts gegen den Inhalt, wohl aber gegen die Form, aufgrund einer gewissen gesetzgeberischen Redlichkeit, die man beherzigen muss. Mit dieser Einfügung können keine Mittel in die Hand genommen werden, um allenfalls enteignete Personen auszu zahlen. Das kann nicht auf diesem Weg erfolgen, daher sollte es auch nicht ins Reglement geschrieben werden. Wenn man es trotzdem tut, dann steht es drin. Eigentlich müsste es der Votantin gar nicht weh tun, denn es wird aufgrund dieses Artikels nichts passieren können, weil es nicht möglich ist. Wenn es aber im Reglement steht, macht es einen schlechten Eindruck für Binningen. Die Rednerin ist auch als Landrätin und Kantonspolitikerin tätig. Sie ist etwas eitel und eigentlich ganz stolz auf diese Gemeinde. Daher möchte sie dies nicht im Reglement stehen haben. Sie bittet darum, nochmals darüber abzustimmen und empfiehlt den Anwesenden, keine unnötige und unnütze Vorschrift aufzunehmen. Die Menschen werden entschädigt werden – daran besteht absolut kein Zweifel –, aber nicht auf diese Art. Auf diesem Weg funktioniert es nämlich nicht.

Thomas Haefele, FDP würde interessieren, wieso seine Vorrednerin darauf schliesst, dass die Gemeinde die Mittel nicht für andere Zwecke verwenden darf. Im kantonalen Gesetz steht z.B. explizit in § 5 Abs. 4: «Dem Fonds dürfen auch die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Mehrwertabgabe belastet werden.». Wenn man z.B. § 5 des vorliegenden Reglements anschaut, dann steht dort: «Der Gemeinderat hat die Kompetenz, mit den Mitteln aus dem Infrastrukturfonds freihändig [...] Parzellen zu erwerben [...]». Das ist ein gewisser Widerspruch zur eben gehörten Aussage von Simone Abt.

Simone Abt, SP versteht das Argument. Ihre Fraktion hat sich dies zwei Mal des Langen und Breiten erklären lassen. Es kann auch den Unterlagen entnommen werden, welche allen Anwesenden vorliegen. Es handelt sich um den roten, relativ langen und relativ juristischen Text, der dem Geschäft beiliegt. Das ist die Argumentation. So läuft es reglementtechnisch. Sie versteht das Argument, aber es wird nicht klappen. Es wird deswegen kein Geld fließen. Es passiert aber auch nichts Böses. Es geht für sie um die formelle Sauberkeit. Zudem soll nicht etwas versprochen werden, dass man letztlich unter dem Strich nicht halten kann.

ABSTIMMUNG

Antrag SP: Streichung § 2 Abs. 4: 12 JA / 20 NEIN / 7 Enthaltungen (Abstimmung 03, vgl. Anhang)

://: Der Antrag, § 2 Abs. 4 wieder zu streichen, wird abgelehnt.

§ 3 Zuständigkeiten

Keine Wortmeldungen.

§ 4 Eigentumsverhältnisse

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Landerwerb

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Verwaltung der Fondsmittel

Keine Wortmeldungen.

§ 7 Verordnung

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Genehmigung Reglement: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst das «Reglement über den Fonds für Infrastrukturabgaben».

Traktandum 4

Nr. 72

Revision Verwaltungs- und Organisationsreglement sowie Polizeireglement, 2. Lesung

Präsident Sven Inäbnit, FDP informiert, auch hier handelt es sich um eine zweite Lesung. Dem Präsidenten liegen dazu bereits Anträge vor. Festzuhalten ist, dass der Gemeinderat die Fassung für die zweite Lesung nach Diskussionen, nicht nach Anträgen, ebenfalls angepasst hat. Das heisst, der Rat muss sowohl über die Änderungen abstimmen, die der Gemeinderat eingebracht hat, wie auch über die Anträge, welche sonst noch vorliegen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

DETAILBERATUNG, 2. LESUNG

Synopse Polizeireglement

§ 3a Gebotenes Verhalten

Keine Wortmeldungen.

§ 4 Nachtruhe, Haus- und Gartenarbeiten, Apparate und Musikinstrument

Absatz 1

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP erläutert, hier hat der Gemeinderat Änderungen eingefügt in Abs. 1: «[...] bis 7 Uhr[..]». Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Absatz 2

Der Präsident erwähnt, auch in Abs. 2 hat der Gemeinderat Änderungen vorgenommen. Die Mittagsruhe wurde von 14 Uhr auf 13 Uhr beschränkt. Zu Abs. 2 liegt ein Änderungsantrag von Marc Schinzel von der FDP-Fraktion vor: «Lärmige Haus- und Gartenarbeit, wie z.B. Rasenmähen, Hämmern, Fräsen, Benützen von Hochdruckreinigern, maschinelles Häckseln etc. sind nur an Werktagen von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 20.00 Uhr, am Samstag von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr gestattet.». Der Antrag entspricht der aktuell geltenden Fassung des Polizeireglements.

Marc Schinzel, FDP bestätigt, dass der von ihm eingereichte Antrag, welcher von einem grossen Teil der FDP unterstützt wird, dem geltenden Recht entspricht. Dieses soll nicht geändert werden. Die lärmigen Arbeiten von Privaten sollen an Wochentagen erst ab 14 Uhr zugelassen werden. Ebenso soll am Samstag eine Mittagsruhe von zwei Stunden eingehalten werden. Der Gedanken, wieso man es auf 13 Uhr verschoben hat, mag sein, dass man eine Gleichbehandlung von Gewerbe und Privaten möchte. Denn das Gewerbe macht ja auch lärmige Arbeiten. Aus Sicht seiner Fraktion ist das aber nicht unbedingt schlüssig, weil das Gewerbe nicht immer da ist. Der Nachbar, der Rasen mäht, ist immer da. Der kommt immer und der Laubhäcksler und all die Gebläse kommen dann zumindest im Herbst. Das Gewerbe ist nicht immer da. Das zweite wichtige Argument ist, dass das Gewerbe wertschöpfend ist. Es ist sehr wichtig, dem Gewerbe keine Steine in den Weg zu legen. Das Gewerbe soll seiner Arbeit nachgehen können. Das ist richtig. Die FDP findet jedoch, es braucht nicht unbedingt noch mehr Lärm. Die Ruhezeit muss nicht noch mehr verkürzt werden. Die Fraktion ist der Meinung, dass man die Ruhezeit von zwei Stunden über Mittag werktags und am Samstag durchaus einhalten kann. Das macht ihrer Ansicht nach Sinn. Denn es gibt heute – das wissen alle Anwesenden – schon relativ viel Lärm. Diese Ruhezeiten darf man sich leisten.

Thomas Hafner, Mitte/glp muss gestehen, ihm ist es eigentlich egal, ob es 13 oder 14 Uhr ist. Man könnte auch einen Kompromiss machen und 13.30 Uhr sagen. Der Antrag, die Ruhezeit auf 13 Uhr zu verkürzen kam von Seiten der FDP. Viele Leute in Binningen wissen heute nicht, dass die Mittagsruhe bis 14 Uhr dauert. Er erlebt dies in seinem Umfeld immer wieder. Er hätte sich mit 13 Uhr anfreunden können, da das Gewerbe auch ab 13 Uhr Lärm machen darf. Es ist schon so, es nützt nichts, wenn alle ruhig sind und neben an wird der Boden aufgespitzt etc. Daher wäre es ihm egal. Er versteht aber auch Leute, die ihren Mittagsschlaf machen möchten. Die gibt es auch. Der Redner hat hierzu keine allzu grossen Emotionen. Eine spätere Überarbeitung des Reglements wurde ja angekündigt. Allenfalls könnte man es auch erst dann machen. Seiner Ansicht nach kann es 13 Uhr, 14 Uhr oder ein Kompromiss sein.

Ralph Büchelin, SP führt aus, wenn nebenan um 13 Uhr der Bagger auffährt – Wenn er das denn überhaupt einhält. Er hat schon häufig festgestellt, dass sie bereits um 12.50 Uhr anfangen. –, dann ist es seltsam, wenn man als Privater nicht die Hecke schneiden oder Rasen mähen darf. Aus diesem Gesichtspunkt könnte man es einführen. Wie sein Vorredner erwähnte, wird es vielleicht bald eine Totalrevision des Reglements geben, wo man dies gesamthaft anschauen könnte. Wie in der Vorlage ausgeführt, ist es ja als Pilotprojekt auf zwei Jahre befristet. Es ist also noch nicht in Stein gemeisselt.

Jürg Blaser, SVP äussert, die SVP störe sich weniger an der Verkürzung der Mittagspause als an der Verschiebung des Beginns der Nachtruhe von 22 auf 23 Uhr. Also, dass man bis um 23 Uhr Party machen kann und dafür wird die Nachtruhe morgens bis um 7 Uhr verlängert. Die Fraktion lehnt dies grossmehrtlich ab.

Präsident Sven Inäbnit, FDP fragt nach, ob die SVP ein Rückkommen auf Absatz 1 stellt.

Jürg Blaser, SVP bejaht dies.

Der Präsident teilt mit, in diesem Fall wird der Rat zuerst über das Rückkommen auf Absatz 1 abstimmen müssen. Zuerst fragt er aber nach weiteren Wortmeldungen zu Absatz 2.

Barbara Fankhauser, SVP kann Marc Schinzel nur unterstützen. Es ist schon klar: Der Bagger beginnt um 12.50 Uhr. Und dann noch zusätzlich der Rasenmäher. Das wäre eine Kumulation, die möglicherweise unerträglich werden würde. Sie fährt diesbezüglich auf der gleichen Linie wie Marc Schinzel.

ABSTIMMUNG

Rückkommen auf § 4 Abs. 1: 24 JA / 10 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 05)

://: Dem Rückkommen auf § 4 Abs. 1 wird stattgegeben.

Der Präsident bittet die SVP, ihren Änderungsantrag nochmals genau zu formulieren.

Jürg Blaser, SVP würde es namens der SVP begrüßen, wenn die bisherige Nachtruhe beibehalten werden würde, d.h. von 22 bis 6 Uhr.

Christoph Daniel Maier, FDP erinnert daran, dass der Vorschlag, die Nachtruhe auf 23 bis 7 Uhr zu verschieben, in der ersten Lesung bereits besprochen wurde. Die Argumente dafür wurden ebenfalls bereits ausgetauscht. Es ist eine Anpassung an die Lebensrealität und vor allem ist es eine Anpassung an die Realität der Jungen und ein Entgegenkommen für die Jungen. Wenn die Nachtruhe ab 22 Uhr gilt, ist dies völlig unrealistisch. Die Jungen starten erst um 22 Uhr oder gehen dann allenfalls in den Ausgang. Das wissen alle Anwesenden. Es macht lediglich die Arbeit der Vollzugsorgane viel schwieriger, wenn man sich dieser neuen Lebensrealität nicht anpasst. In diesem Sinn möchte er dem Rat beliebt machen, diese Anpassung an die neuen Realitäten zu akzeptieren und nicht konservativ nach hinten zu schauen.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP erklärt, genau das sei der Punkt. Christoph Maier hat es erwähnt. Es ist nicht mehr zeitgemäss. Im Sommer bei solchen Temperaturen und Wetterverhältnissen, wie man sie heute hat, war die Situation in der Vergangenheit einfach so, dass bereits um 22.10 Uhr Reklamationen von intoleranten Personen auf der Alarmzentrale des Kantons eingingen. Dann wird der ganze Apparat ausgelöst. Man muss vorbeigehen. Wenn es nicht still wird, kann man mahnen und das zweite Mal muss eine Verzeigung gemacht werden. Das ist heute einfach unrealistisch. Es betrifft nicht nur die Jugend in der Öffentlichkeit. Es sind die vielen, gerade speziell die Einfamilienhausbesitzer, die ihre Diskussionen im Garten abends bis um 23 Uhr führen und draussen grillieren usw. Sie sind genauso betroffen wie die Jugendlichen. Es ist nicht mehr zeitgemäss, daher empfiehlt der zuständige Gemeinderat, der Ruhezeit nachts von 23 bis 7 Uhr zuzustimmen.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über den Änderungsantrag der SVP abstimmen. Die SVP schlägt in § 4 Abs. 1 vor: «Als Nachtruhe gilt die Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr. [...]». In der Fassung der Synopse ist die Nachtruhe von 23 bis 7 Uhr.

§ 4 Abs. 1: Nachtruhe: Antrag SVP (JA) vs. Bestimmung der Synopse (NEIN) (Abstimmung 06)

Antrag SVP: 7 JA

Synopse: 31 JA

Eine Enthaltung.

://: Der Antrag der SVP zu § 4 Abs. 1 wird abgelehnt.

Damit kommt der Präsident zu § 4 Abs. 2. Dort liegt ein Änderungsantrag der FDP vor, das Ende der Ruhezeit am Mittag auf jeweils 14 Uhr zu legen, sowohl an Werktagen wie am Samstag. Alles andere bleibt textlich gleich.

§ 4 Abs. 2: Mittagsruhe: Antrag FDP (JA) vs. Bestimmung der Synopse (NEIN) (Abstimmung 07)

Antrag FDP: 17 JA

Synopse: 19 JA

2 Enthaltungen.

://: Der Antrag der FDP zu § 4 Abs. 2 wird abgelehnt.

Absatz 3

Keine Wortmeldungen.

Absatz 4

Keine Wortmeldungen.

§ 23 Gebühren / Kostenersatz

Keine Wortmeldungen.

§ 24 Strafbarkeit

Keine Wortmeldungen.

§ 25 Strafmass

Keine Wortmeldungen.

§ 26 Verfahren bei Übertretungen

Keine Wortmeldungen.

§ 26a Strafverfahren

Keine Wortmeldungen.

§ 27 Rechtsmittel

Keine Wortmeldungen.

§ 28 Bussengelder

Keine Wortmeldungen.

§ 29 Änderung bestehenden Recht

Keine Wortmeldungen.

Synopse Verwaltungs- und Organisationsreglement

§ 23 Bussenausschuss

Keine Wortmeldungen.

§ 24 Bussenanerkennungsverfahren

Keine Wortmeldungen.

§ 24a Bussenanerkennungs- und Ordnungsbussenverfahren

Keine Wortmeldungen.

Damit ist die zweite Lesung abgeschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP weist darauf hin, dass vom Gemeinderat vier Anträge vorliegen. Zu Antrag 4 des Gemeinderats liegt ein Änderungs- resp. Ergänzungsantrag der FDP vor: «Der Einwohnerrat beschliesst die Inkraftsetzung des teilrevidierten Polizeireglements per 1. August 2022. Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat einen Bericht zu den Erfahrungen mit dem Ordnungsbussenverfahren zusammen mit dem Entwurf der Totalrevision des Polizeireglements innert Jahresfrist vor.».

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, der Grund, weshalb man heute in einem relativ schnellen Durchlauf das Polizeireglement einführen möchte, liegt darin, dass man neu das Ordnungsbussenverfahren einführen kann, was zu einer ganz erheblichen Arbeiterleichterung der Verwaltung bzw. der Polizei führt. Das Ordnungsbussenverfahren hat derart grosse Vorteile, dass seine Fraktion ihre Bedenken in Bezug auf die immer noch vorhandenen Inkonsistenzen, die über die Jahre in diesem Polizeireglement angehäuft wurden, zurückstellt und eine möglichst schnelle Einführung des Ordnungsbussenverfahrens unterstützt. Es sind aber nicht nur Inkonsistenzen. Es geht auch darum, dass man in Zukunft die Sicherheitsdienste, die von der Gemeinde beauftragt sind, qualifizieren und per Gesetz – also in diesem Polizeireglement – ermächtigen kann, selbst Ordnungsbussen auszusprechen. Das zwingt die Anwesenden in jedem Fall, das Polizeireglement nochmals an die Hand zu nehmen. Der Redner hofft, dass der Gemeinderat dem Rat mit dem Bericht über die ersten Erfahrungen mit dem Ordnungsbussenverfahren aber auch mit einer Totalrevision schlussendlich ein noch besseres Verfahren vorlegen kann.

Ralph Büchelín, SP erläutert, auch die SP sei für die Anpassung des Verwaltungs- und Organisationsreglements. Die Einführung des Ordnungsbussenverfahrens ist sicher sinnvoll, denn der Arbeitsaufwand der Gemeinde wird deutlich reduziert. Der Vorschlag der FDP lautet, dies ein Jahr in einer Testphase zu beobachten und dann gleichzeitig bereits nach einem Jahr eine Totalrevision vorzunehmen. Das wäre eine Frage der SP an den zuständigen Gemeinderat gewesen. In der Vorlage steht: «Eine Totalrevision soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.» Das ist relativ offen formuliert. Wann würde dies erfolgen? Mit dem Vorschlag der FDP würde man dies limitieren. Die Frage ist: Soll man es nicht zuerst beobachten und dann erst die Totalrevision angehen?

Urs Hauri, Grüne/EVP teilt mit, die Grüne/EVP spricht sich grundsätzlich für die Änderung des Systems aus. Die Fraktion hat in der Beratung zur Kenntnis genommen, dass das Ordnungsbussensystem mit Augenmass eingeführt werden soll. Das war ihre Angst. Ihre Frage wäre ebenfalls: Wann ist der Zeitpunkt, an welchem man die Totalrevision vornehmen möchte? Sie würden gerne wissen, was geplant ist. Es muss nicht in einem Jahr sein. Das scheint der Fraktion auch etwas schnell. Die Grüne/EVP wäre zuerst am Bericht interessiert, wie sich das nun auswirkt. Der Votant fände zwei Jahre keine schlechte Zeitspanne, um hiermit Erfahrungen zu sammeln.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP kann mit dem Antrag leben. Die Frage, ob innerhalb eines oder innerhalb von zwei Jahren, muss der Einwohnerrat entscheiden. Für den Gemeinderat ist wichtig, dass für die Totalrevision über eine gewisse Phase ausgewertet resp. vorgelegt werden kann, ob es eine Änderung gab resp. ob es in dieser Zeit besser oder schlechter wurde. Diesen Vergleich muss man machen können. Die Reglementanpassung tritt im Sommer in Kraft. Darüber kann man diskutieren. Man hätte dann zumindest noch den ganzen Frühling. Für den Gemeinderat ist es nun aber wichtig, den ganzen Sommer und Herbst mit den Massnahmen, welche aufgrund der Diskussion an der letzten Einwohnerratssitzung schon erteilt wurden, Erfahrungen zu sammeln. Man sieht bereits, dass es im Verhalten des Ordnungsdiensts und der Gemeindepolizei gegenüber der Jugend sehr gut ankommt und es eigentlich

bereits einen gewissen Rückgang gibt. Der zuständige Gemeinderat möchte aber noch kein Fazit ziehen. Es ist relativ kurz. Um einen richtigen Vergleich vorlegen zu können, braucht es eine gewisse Zeit. Ob es in einem Jahr oder in 1,5 Jahren ist, das muss der Einwohnerrat entscheiden.

Thomas Hafner, Mitte/glp möchte noch eine Frage an die FDP richten. In ihrem Antrag heisst es: «[...] einen Bericht per Ende Jahr.». Dann hätte man ja nur ein halbes Jahr. Ist das so gemeint? Seiner Ansicht nach dürften es 1 oder 1,5 Jahre sein.

Der Präsident liest auf Nachfrage nochmals den Wortlaut des Antrags vor. Der erste Teil, die Inkraftsetzung per 1. August 2022, bleibt gleich. Der Zusatz lautet: «Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat einen Bericht zu den Erfahrungen mit dem Ordnungsbussenverfahren zusammen mit dem Entwurf der Totalrevision des Polizeireglements innert Jahresfrist vor.».

Christoph Daniel Maier, FDP möchte nur noch ganz kurz replizieren. Es geht der Fraktion darum, dass erste Erfahrungen mit dem Ordnungsbussenverfahren in die Totalrevision einfliessen können. Für die FDP steht aber ausser Frage, dass es zur Nutzung der ganzen Vorteile des neuen Ordnungsbussenverfahrens in jedem Fall eine Anpassung des Polizeireglements braucht. Daher würden sie es begrüessen, wenn man dies relativ schnell an die Hand nehmen würde. Sonst ist man in einer Situation, in der man nicht die ganzen Vorteile, die das Verfahren für die Gemeinde an Effizienzgewinn hat, nutzen kann.

Antrag 1 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

Antrag 2 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

Antrag 3 des Gemeinderats: 32 JA / 6 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 10)

Antrag 4 des Gemeinderats (JA) vs. Antrag FDP (NEIN) (Abstimmung 11)

Antrag 4 des Gemeinderats: 12 JA

Antrag FDP: 26 JA

Eine Enthaltung.

BESCHLUSS

- ://: 1. Die Anpassung des Verwaltungs- und Organisationsreglements gemäss Entwurf wird beschlossen.
 - ://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst die Inkraftsetzung des teilrevidierten Verwaltungs- und Organisationsreglements per 1. August 2022.
 - ://: 3. Die Anpassung des Polizeireglements gemäss Entwurf wird beschlossen.
 - ://: 4. Der Einwohnerrat beschliesst die Inkraftsetzung des teilrevidierten Polizeireglements per 1. August 2022. Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat einen Bericht zu den Erfahrungen mit dem Ordnungsbussenverfahren zusammen mit dem Entwurf der Totalrevision des Polizeireglements innert Jahresfrist vor.
-

Traktandum 5

Nr. 21

Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

Thomas Hafner, Mitte/glp bedankt sich namens der Mitte/glp beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Die Fraktion ist mit dem neuen Bericht sehr zufrieden. Der Gemeinderat hat den Auftrag des Einwohnerrats entgegengenommen und beide Vorschläge mit den Varianten «optimiert» und «light» transparent dargestellt, wie es der Rat gefordert und gewünscht hat. Die Fraktion findet, der Gesamtgemeinderat habe dies gut gemacht. Da dürfte man als Einwohnerrat auch einmal ein «Bravo» aussprechen. Die Mitte/glp wird allen sechs Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Bezüglich der zusätzlichen, neu vorgeschlagenen Vorinvestition von 175 000 Franken für eine zweispurige Einfahrt zur Einstellhalle: Wenn es die Möglichkeit gibt, zu einem späteren Zeitpunkt das Gebiet der Schutzmatte unterhalb der Gemeindeverwaltung optimal anzubinden, dann findet die Fraktion dies gut. Es ist aus heutiger Sicht sehr sinnvoll. Diese Gelegenheit kann man heute fast kostenneutral im gleichen Planungsprozess einbauen. Nachträglich wäre dies fast unmöglich und könnte nur mit x-fach höheren Kosten nachgeplant und realisiert werden. Diese Vorinvestition ist aus Sicht des Votanten sehr vorausschauend und empfehlenswert. Günstiger kommt man nicht mehr dazu.

Die Mitte/glp ist weiterhin, wie bereits im September 2020, vom Projekt Schulcampus Dorf überzeugt. Die Fraktion setzt sich weiterhin für eine qualitativ gute und moderne Schulinfrastruktur, ein vorzügliches Bildungsangebot mit mehr Schulraum, ein attraktives Binningen mit einem vielversprechenden Schulangebot und ein attraktives Angebot für Schüler, Lehrpersonen und Familien ein. Zudem setzt sie sich dafür ein, dass die Schülereinteilung in Zukunft wieder familienfreundlicher und mit kürzeren Wegzeiten realisiert werden kann, sobald mehr Schulraum am richtigen Standort vorhanden ist. Sie setzt sich dafür ein, dass man von den heutigen Schulprovisorien wieder wegkommt, den Investitionsstau endlich verkleinern kann sowie für eine attraktive, moderne Steuerbelastung. Es wird das grösste und bedeutendste Bauprojekt, welches in Binningen je gebaut wurde. Der Redner hofft, alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen fassen heute den Mut und stimmen diesem Projekt schlussendlich zu. Eine Verhinderung sowie eine weitere Verzögerung des Projekts wären jammerschade. Die Mitte/glp möchte das Gesamtprojekt unverändert möglichst zeitnah zur Volksabstimmung bringen. Sie warnt davor, dass nun jede Partei wieder ein «Sonderzugli» fährt. Wenn der Rat heute nicht einheitlich auftritt, ist das Projekt gefährdet. Es ist wichtig, dass alle gemeinsam für dieses einzigartige, notwendige Gesamtprojekt im Dorfzentrum eintreten.

Roman Oberli, SVP signalisiert, die SVP sei nach wie vor nicht glücklich mit diesem Projekt. Aus dem ursprünglich geplanten Schulhausbau, für welchen sich auch seine Fraktion ausspricht, wurde ein Dorfcampus Projekt mit immer weiter ausufernden Kosten. Von ursprünglich einmal 27 Mio. Franken ist man nun bei 50 Mio. Franken. Mit der Kostenungenauigkeit und der aktuellen Teuerung wird es noch deutlich mehr werden. Mehrmals forderte die SVP, die Kostenexplosion zu bremsen. Zuletzt mit einem Kostendach von 40 Mio. Franken. Diesen Forderungen kam man nicht nach. Die beiden vorliegenden Optionen sind immer noch deutlich teurer. Auch die sogenannte «light»-Variante konnte keine wirklich signifikanten Einsparungen aufzeigen. Aufgrund dieser Gegebenheiten fordert die SVP-Fraktion die anderen Parteien auf, Farbe zu bekennen und sich für eine Variante – was nach ihrem Eindruck die Variante 1 wäre – auszusprechen. Der vorgeschlagene Weg, zwei Varianten vors Volk zu bringen, halten sie für eine politische Alibi-Übung. Denn wenn man einmal ehrlich ist: Die «light»-Variante ist keine echte Alternative, wenn man die ganze Geschichte mit Blick auf das Ursprungsprojekt betrachtet. Die SVP stellt deshalb den Antrag, dass der Einwohnerrat sich für eine Variante ausspricht und nur diese dem Volk vorlegt. So würde das Parlament klar Stellung beziehen und dem Stimmvolk sein Wunschprojekt vorlegen. Das andere ist lediglich der Versuch, eine Schein-Auswahl zu unterbreiten. Dagegen ist die Fraktion strikt.

Peter Bertschi, Grüne/EVP dankt der zuständigen Gemeinderätin für die Ausarbeitung der beiden Kostenvarianten des Schulcampus Dorf. Aus Sicht der Grünen/EVP wurden zwei gute und vergleichbare Projektvarianten ausgearbeitet, welche nun dem Volk vorgelegt werden können. Die Fraktion Grüne/EVP

ist der Meinung, dass die Gemeinde Binningen dringend ein Schulhaus braucht und auch den entsprechenden Schulraum. Deshalb können auch keine weiteren Aufschübe geduldet werden. Die Vielzahl an Provisorien und Containern auf den Schulhaus-Arealen sprechen ihre eigene Sprache. Die Fraktion bevorzugt einstimmig die Variante «optimiert», die der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Einzig mit der nachträglichen Erweiterung der Zufahrt zum unterirdischen Parkhaus auf zwei Spuren sind sie nicht sehr glücklich. Ihrer Ansicht nach müsste man dieses Projekt dem Einwohnerrat gesondert zur Genehmigung vorlegen. Deshalb stellt die Grüne/EVP den Antrag, dass die Erschliessung der Schutzmatte in einem gesonderten Projekt vorgelegt wird. Der Votant fasst zusammen: Die Fraktion stimmt allen sechs Anträgen des Gemeinderats zu, abzüglich der Kosten der zweispurigen Zufahrt. Sie anerkennen die Dringlichkeit eines modernen und zeitgemässen Schulraums im Dorfzentrum. Das vorgelegte Projekt ist gut und somit ein Zugeständnis an ein wohnliches und familienfreundliches Binningen.

Claudia Fünfschilling, FDP legt dar, auch ihre Fraktion habe die Vorlage studiert und danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung, auch wenn sie nicht so zufrieden sind wie teilweise die Vorredner. Bei der Konkretisierung der Variante «optimiert» hat die FDP zur Kenntnis genommen, dass ohne wesentliche Einbussen die geforderten 1,6 Mio. Franken eingespart werden konnten. Das hat ihren von Anfang an bestehenden Eindruck bestätigt, dass das Ganze ein teures wenn nicht übersteuertes Projekt ist. Bei der Variante «light» hätten gegenüber der Variante «optimiert» gemäss Rückweisungsbeschluss des Einwohnerrats zusätzliche Einsparungen von 4,5 Mio. Franken resultieren sollen. Leider musste die Fraktion zur Kenntnis nehmen, dass das ohnehin schon nicht allzu grosse Delta zwischen den Varianten jetzt auf 4 Mio. Franken geschrumpft ist. Hauptgrund für die nicht zu realisierenden Einsparungen ist, dass gewisse Kosten trotz der Streichung von Teilprojekten – konkret die Halbierung des Parkings und der Verzicht auf die Umgestaltung der Curt Goetz-Strasse – anfallen. Speziell dort erachtet die FDP den Verzicht nur noch bedingt als wünschenswert, da beim Kreisel und an den Werkleitungen trotzdem alles aufgerissen werden würde. Das ist weder ökonomisch noch gestalterisch sehr sinnvoll.

Die vorgeschlagenen Projektanpassungen im Bereich des Dorfplatzes, die im Wesentlichen aus mehr Beton, weniger und kleineren Bäumen, weniger Spielplätzen und der Belassung der nicht so schönen Überdachung bestehen, findet die Fraktion nicht originell und mutlos. Sie hätten sich hier ein paar innovative Ideen und Lösungen gewünscht. Insbesondere da die Umplanungen über 8 Monate gedauert haben. Zusammenfassend muss die Rednerin sagen, dass ihre Fraktion auch mit der neuen Vorlage alles andere als glücklich ist. Sie müssen aber wohl heute zur Kenntnis nehmen, dass es im Gemeinderat und Einwohnerrat am politischen Willen für wirkliche Einsparungen gefehlt hat und dass sie die Entscheidung über das Projekt der Bevölkerung überlassen. Die FDP hat immer betont, dass der im Projekt vorgesehene Schulraum dringend benötigt wird. Aus diesem Grund wird die Fraktion den Anträgen des Gemeinderats heute zustimmen, damit das Stimmvolk baldmöglichst entscheiden kann. Da sie den Entscheid dem Stimmvolk überlassen möchten, wird sich die FDP bei Antrag 4 enthalten.

Stephan Appenzeller, SP dankt dem Gemeinderat im Namen der SP für den vorliegenden, sehr guten Bericht. Die Fraktion hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Beschlüsse des Einwohnerrats von letztem Sommer vollumfänglich umgesetzt wurden. Mit dem überarbeiteten Projekt können die beschlossenen Kostenvorgaben fast punktgenau eingehalten werden. Insgesamt stellt die SP fest, dass es eine gute Vorlage ist. Binningen erhält endlich den dringend notwendigen, zusätzlichen Schulraum. Binningen erhält Schulraum, der zeitgemässe pädagogische Ansprüche erfüllt. Auch die bestehenden älteren Schulhäuser Margarethen und Pestalozzi können endlich saniert werden. Damit kann Binningen schrittweise die zahlreichen Provisorien und Container auf den Schulhausplätzen wieder ausser Betrieb nehmen. Binningen erhält darüber hinaus auch einen freundlicheren Dorfplatz, 500 Zivilschutzplätze und das Binninger Dorfzentrum bekommt je nach Variante 37 oder 74 Parkplätze. Dies ermöglicht in ein paar Jahren, wenn es um die Sanierung der Hauptstrasse geht, diese etwas fussgänger- und fussgängerinnen-freundlich zu gestalten mit Platz zum Flanieren und für Cafés. Die Fraktion kann mit beiden Varianten leben. Sie findet das Verfahren richtig, dass man das Stimmvolk darüber entscheiden lässt. Aber als SP bevorzugen sie die Variante «optimiert». Gerade weil sie ein klein wenig mehr bietet als ein

Schulhaus. Nämlich mehr Aufenthaltsqualität für das Dorfzentrum, eine etwas grosszügigere Umgebungsgestaltung und einen attraktiven Dorfplatz. Insgesamt also eine runde Sache.

Ein Punkt gab bei der SP aber auch zu reden, wie bei den Grünen. Es geht darum, dass das Parking neu eine zweispurige Einfahrt erhalten soll als Vorinvestition für ein Parking mit bis zu 130 Parkplätzen und einer möglichen Überbauung der Schutzmatte. Dies nach Auslaufen des Baurechts, was in 25 Jahren der Fall sein wird. Die Fraktion war etwas irritiert v.a., weil das Thema erst jetzt gekommen ist und nicht bereits vor zwei Jahren. Ob die Schutzmatte einmal überbaut werden, weiss man heute noch nicht. Wenn sie überbaut werden sollten, könnte sich die SP vorstellen, dass man dann gedanklich etwas weiter ist als heute und eine autoarme oder sogar autofreie Siedlung realisieren möchte. Das wird in Zukunft möglich sein, denn kürzlich hat der Landrat das kantonale Raumplanungs- und Baugesetz revidiert, welches genau das ermöglicht. Die Anwesenden laufen somit Gefahr – auch wenn es nur 200 000 Franken sind – in einen alten Zopf zu investieren, den man in Zukunft gar nicht mehr braucht. Deshalb findet die Partei den Vorschlag der Grünen grossmehrheitlich richtig, dass man es aus dem Projekt Schulcampus nimmt und der Gemeinderat dem Einwohnerrat ein separates Geschäft vorlegt. Wenn der Gemeinderat dies schnell macht und der Rat dem Antrag folgt, kann man es beim jetzigen Projekt noch berücksichtigen. Es ist eine Thematik, die doch etwas grössere Dimensionen hat. Es geht um die künftige Siedlungspolitik in Binningen. Das hätte die Fraktion lieber separat unterbreitet erhalten, um es auch intensiver diskutieren zu können. Der Redner kommt zum Fazit: Die SP stimmt allen Anträgen des Gemeinderats zu, würde aber auch den Änderungsantrag der Grünen grossmehrheitlich unterstützen.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP möchte sich zum Thema des Zweispurausbaus äussern. Es sind für ihn weniger finanzielle als demokratiepolitische Fragestellungen, die sich aufwerfen. Der Gemeinderat hatte an und für sich den Auftrag, ein vorliegendes Projekt möglichst zu straffen und kostengünstiger zu machen. Das hat er, soweit er es konnte, gemacht und dann etwas Neues eingebracht, was auch wieder Geld kostet. Man kann argumentieren, es koste wenig – ungefähr 200 000 Franken –, darauf komme es nun auch nicht mehr an. Genau das wurde aber in Frage gestellt, dass hier und dort einfach Geld ausgegeben wird. Was aber wesentlich ist: Eine zusätzliche Spur benötigt das Parking nicht. Die BPK hat dies genau analysiert und kam zum Schluss, dass die Einfahrt am vorgesehenen Standort zwar suboptimal ist, aber nicht aufgrund der Einspurigkeit der Zufahrt. Es gibt genügend Beispiele von grösseren Parkings, die einspurig gut funktionieren. Ein Beispiel ist das Hochhaus beim Bahnhof, als anderes Beispiel wurde vom Baloise Campus berichtet. Das würde funktionieren.

Das Problem ist die Feuerwehr-Vorfahrt. Wenn man auf diese Strasse noch mehr Verkehr leitet, kann die Feuerwehr zu Stosszeiten am Telefon gleich mitteilen, dass sie im Moment nicht ausrücken kann, weil sich die Autos auf der Postgasse stauen. Seines Erachtens kann man das Thema daher nicht einfach noch in letzter Minute in eine baukreditreife Vorlage einbauen. Das ist nicht korrekt. Es wäre das Minimum gewesen, wenn man in den Anträgen einen eigenen Beschlusspunkt zu diesem Thema aufgeführt hätte. Die Fraktion schlägt deshalb vor, dies aus dem Baukreditbeschluss zu nehmen und dass der Gemeinderat die Zusatzinvestition separat vorlegt. Der Votant sieht kein Problem, dies umgehend umzusetzen, weil sowohl die einspurige als auch die zweispurige Zufahrt baukreditreif geplant wurden. Was den Vogel noch abschießt ist, dass der Einwohnerrat beschlossen hat, es müsse für die Veloroute eine bessere Lösung gefunden werden. Im nachträglich erhaltenen Verkehrsgutachten wurde dem Gutachter originellerweise gesagt, die Veloroute bleibe am bestehenden Ort. Das ist nicht fair. Ebenso wie es nicht fair war, dass man die BPK nicht darüber informiert hat, dass man an der Erstellung neuer Gutachten ist, oder wenn das Gutachten bereits vorlag, dass man dieses der BPK nicht zugestellt hat. Das war etwas ungeschickt, aber es ging sicher um die Effizienz. Hier hat der Effizienzgedanke die politische Meinungsbildung aber etwas behindert. Daher hat der Redner den Antrag, den die meisten Anwesenden kennen und den der Präsidenten wahrscheinlich noch vorliest, gestellt.

Thomas Hafner, Mitte/glp wäre froh, wenn die Ratsmitglieder beim Wesentlichen bleiben würden. Nun kommt jeder mit einem Extrawunsch. Wahrscheinlich wird dies in Zukunft so weitergehen. Hier noch

ein Bänkli, dort noch ein Bäumchen. Er appelliert, beim Wesentlichen zu bleiben. Sonst wird das Projekt gefährdet. Die Einfahrt ist finanziell gesehen eine derart kleine Sache. Wenn man das Gebäude durchwinkt, spricht er sich dafür aus, es statisch so laufen zu lassen und nicht hinterher nochmals einen kleinen Kredit zu bringen. Wenn es nun durchkommen und in der Volksabstimmung angenommen werden würde – was er hofft –, dann hätte er grosse Mühe damit, wenn man, kaum hat man etwas freigegeben, schon wieder mit späteren Krediten kommt. Von der Statik her ist es nicht einfach, nachträglich alles zu ändern. Es ist dann halt ein Aufwand. Das mit der BPK findet er auch nicht ganz richtig. Man hat das Thema Einfahrt kurz diskutiert. Die einen fanden es toll, andere fanden es nicht so optimal. Er meint, dies stehe auch im Bericht. Wenn man eine einspurige Einfahrt hat, dann ist der Verkehr halt draussen auf der Strasse mit einer Ampel und es dauert einfach viel länger. Das heisst, ein Stau vor dem Gebäude würde grösser werden. Er bittet die Ratsmitglieder, dies zu beachten. Er weiss, dass die Grünen nicht so für Autos sind, aber auch Elektroautos werden später Platz benötigen.

Daniel Zimmermann, FDP kann dem Votum von Thomas Schwarb durchaus gewisse Sympathien abgewinnen. Letztlich ist die Überlegung sehr stark durch das nachgereichte Verkehrsgutachten geprägt. Der Redner möchte in Erinnerung rufen, dass in diesem Verkehrsgutachten ein weiterer Punkt erwähnt ist, über den noch nie gesprochen wurde. In der Abschätzung steht, dass bereits im normalen Projekt des Schulcampus vermutlich oben an der Hauptstrasse Kreuzung Postgasse eine Lichtsignalanlage nötig sein wird. Dort hat man schon das zweite Problem. Er mag sich erinnern, als man die Hauptstrasse mit dem Kanton geplant hat – das ist bereits einige Jahre her –, gab es eine zentrale Thematik mit der Feuerwehr. Die Feuerwehr Binningen forderte damals eine Lichtsignalanlage. Der Kanton hat dem nicht zugestimmt. Man hatte schon damals die Befürchtung, dass die Feuerwehr nicht auf ihre Einsatzachse kommt. Bisher hat es scheinbar funktioniert. Aber mit dem Verkehrsgutachten, welches darauf hinweist, dass man ein Problem bekommen wird, sollte man das Ganze gesamtheitlich anschauen.

Wieso hat er Sympathien? Es stört oder beeinflusst die Vorlage mit dem Bildungskomplex Campus nicht. Der Gemeinderat ist in der Lage, auf diese Fragestellung innert nützlicher Frist eine Vorlage an den Einwohnerrat zu bringen, welche vielleicht einige Klarheiten schafft. Es gibt noch andere Themen im Gutachten. Er möchte hier nicht länger werden mit dem Thema Langsamverkehr. Aber es scheint ihm, als ob um das schöne Projekt herum, die Erschliessung mit allen Verkehrsteilnehmenden – seien es Autos, Velos – etwas vergessen ging und man nun beginnt nachzuflicken. Die Tunneldiskussion ist ein typisches Beispiel, wie man nachträglich etwas nachgereicht und – wie Thomas Schwarb richtig gesagt hat – dies nachträglich noch ins Projekt genommen hat, ohne politischen Auftrag. Er denkt, das müsste nochmals angeschaut werden. Abschliessend nochmals: Es wird das Campus Projekt in der Volksabstimmung nicht gefährden.

Roman Oberli, SVP ist der Meinung, wenn eine Partei in der ganzen Geschichte kostenkritisch war, dann war dies die SVP. Umso spannender findet er es, dass nun Rot-Grün für 200 000 Franken nochmals eine grosse Geschichte aufmacht. Er kann das Argument, dass es nachgereicht wurde zwar verstehen, muss aber entgegenhalten, dass der Gemeinderat hier Synergien erkannt hat. Er hat erkannt, dass man in der Zukunft massive Mehrkosten einsparen kann, wenn man jetzt die 200 000 Franken hier reinnimmt. Das Schulhaus wird für die Zukunft gebaut. Wenn man über ein Zukunftsprojekt debattiert, sollte man auch andere Zukunftsprojekte berücksichtigen. Was der Gemeinderat mit dieser Sache hier machen möchte. Zum Votum von Daniel Zimmermann entgegnet der Votant, dass es sich hier nicht mehr um ein reines Bildungsprojekt, sondern eigentlich um einen Dorfplatz Campus handelt. Deswegen kann es sehr wohl hier reinpassen.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne legt dar, im August 2021 habe der Einwohnerrat das Geschäft für einen Baukredit für den neuen Schulcampus Dorf zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen und ihn mit der Erstellung von zwei Varianten beauftragt. Dabei wurde eine kostenoptimierte Variante des bestehenden Projekts mit einem Kostendach von 49,4 Mio. Franken und eine kleinere Variante mit reduzierter Einstellhalle und einfacher gestaltetem Aussenraum mit einem Kostendach von 44,9

Mio. Franken vorgegeben. Es handelt sich dabei um die gleichen Zahlen, einfach etwas verschoben. Beide Varianten sollen nach dem Willen des Einwohnerrats der Stimmbevölkerung mit Stichentscheid zur Abstimmung vorgelegt werden. Diesen Beschluss hat der Einwohnerrat bereits gefasst. Der Rat hat die Vorlage ja bereits behandelt und sie grossmehrheitlich gutgeheissen. Nun geht es eigentlich nur noch um die Beurteilung dieser beiden Varianten. Der Gemeinderat hat die Vorlage nun überarbeitet und legt dem Einwohnerrat die beiden erarbeiteten Varianten vor. Abzüglich der bereits vom Einwohnerrat bewilligten Planungskredite ist für die Variante «optimiert» neu ein Baukredit von 48,8 Mio. Franken und für die Variante «light» ein Baukredit von 44,4 Mio. Franken erforderlich.

Der Gemeinderat erachtet das ursprüngliche und nun optimiert vorliegende Projekt weiterhin als grosse Chance für Binningen. Es kann zur Belebung und Stärkung des Dorfsentrums beitragen. Mit den diversen Grün- und Freiflächen, der Infrastruktur für Sport und Veranstaltungen, der Aufwertung des Dorfplatzes sowie den zusätzlichen öffentlichen Parkplätzen und Schutzplätzen für die Bevölkerung kann mit der Projektvariante «optimiert» nicht nur der dringend nötige, zusätzliche Schulraum realisiert werden, sondern es können auch weitere wichtige Bedürfnisse der Bevölkerung abgedeckt werden. Aus Sicht des Gemeinderats bietet die Variante «optimiert» mit dem Einbezug der Curt Goetz-Strasse in die Umgebungsgestaltung und den zusätzlichen unterirdischen Parkplätzen einen Mehrwert gegenüber der Variante «light», der die Mehrkosten von 4 Mio. Franken rechtfertigt. Die beiden letztgenannten Elemente bieten auch eine langfristige Entwicklungschance für die Hauptstrasse und das dort ansässige Gewerbe. Genehmigt der Einwohnerrat den beantragten Baukredit bis spätestens im Juni 2022, dann kann im zweiten Halbjahr 2022 die obligatorische Volksabstimmung durchgeführt werden. Nach dem anschliessenden, zu erarbeitenden Bauprojekt mit allen Bewilligungsverfahren usw. und nachfolgender Ausschreibung der verschiedenen Arbeitsgattungen wäre somit frühestens im Frühling 2024 ein Baubeginn möglich und der Bezug 2027.

Die zuständige Gemeinderätin möchte noch zu den einzelnen Fragen kommen. Als erstens bedankt sie sich für die positive Aufnahme der Vorlage und das Lob. Das hat sie gar nicht erwartet und ist überaus dankbar dafür. Zu den Fragen der SVP: Das Kostendach von 40 Mio. Franken, welches die SVP erneut fordert, hat die Fraktion in der letzten Sitzung im Einwohnerrat schon einmal beantragt. Der Antrag wurde damals mit 13 zu 22 Stimmen abgelehnt bei 2 Enthaltungen. Diese Abstimmung wurde bereits durchgeführt und das Kostendach von 40 Mio. Franken wurde abgelehnt. Daher liegen heute die beiden Varianten mit 48 und 44 Mio. Franken vor. Es war ein Beschluss des Einwohnerrats. «Der Einwohnerrat soll dem Volk nur eine Variante vorlegen.» Der Einwohnerrat hat bereits beschlossen, dass er dem Volk beide Varianten vorlegen möchte. Es ist selbstverständlich dem Parlament überlassen, wenn es hier etwas Anderes entscheiden und auf den ursprünglichen Entscheid zurückkommen möchte. Zur FDP: «[...] ohne wesentliche Einbussen [...]». Dagegen möchte sie sich ganz vehement wehren. Für die Variante «light» hatte der Gemeinderat mehrere Sitzungen. Es wurde miteinander gefightet und geschaut, wo man etwas einsparen kann, wo dies möglich ist. Es waren harte Entscheide und harte Diskussionen. Leicht hat es sich der Gemeinderat nicht gemacht.

Es wurde kritisiert, dass nicht die vollen 4,5 Mio. Franken, die gefordert waren, eingespart werden konnten. Das stimmt. Statt 4,5 Mio. Franken konnten nur 4 Mio. Franken eingespart werden. Es konnten also 0,4 Mio. Franken weniger eingespart werden. Das entspricht 10 Prozent der geforderten Summe. Es wurde in der Vorlage klar ausgeführt, warum dies nicht möglich war. Weil bei der Einstellhalle noch zusätzliche Räume vorhanden waren, die man nun an das andere Projekt wieder anbinden musste und die nötig sind. Daher wurde das Einsparziel um 10 Prozent verfehlt. Die Votantin denkt trotzdem, dass die 4 Mio. Franken eine recht ansehnliche Punktlandung waren. Zur Kritik bzgl. des Dorfplatzes: Man hat mehr Beton und kleinere Bäume. Es mussten Einsparungen vorgenommen werden. Es wären mehr innovative Ideen gefragt gewesen. Dazu kann sie dem Einwohnerrat lediglich sagen, dass innovative Ideen normalerweise etwas kosten. Es ging bei der Variante «light» vor allem darum, dass Sachen weggelassen werden mussten, die man gerne gehabt hätte. Da waren keine innovativen Ideen möglich.

Zum Antrag, dass man die doppelspurige Einfahrt aus der Projekt nimmt: Aus einer ganzheitlichen Sicht und um sich alle Möglichkeiten offen zu halten, schlägt der Gemeinderat in den beiden vorliegenden Varianten vor, dass man mit den 175 000 Franken eine zweispurige Einfahrt vorsieht. Aber dies ist eine klassische Vorleistung und kann selbstverständlich auch weggelassen werden. Wenn sie nun sieht, dass hier im Rat beinahe eine BPK-Kommissionsdiskussion geführt wird, wäre es, um das Projekt zügig weiterführen zu können möglicherweise geschickter, wenn man diese Diskussion auslagern und nicht heute Abend im Rat führen würde. Aus diesem Grund hätte sie durchaus gewisse Sympathien dafür, dass man diesem Antrag zustimmt. Einfach damit hier nicht weiter Kommissionsberatungen gemacht werden müssen. Es ist einfach. Wenn der Einwohnerrat diese Vorleistung nicht möchte, kann man sie aus dem Kredit streichen. Es muss den Anwesenden aber bewusst sein, das wurde auch angetönt, wenn man es zu einem späteren Zeitpunkt noch zusätzlich machen müsste, würde es teurer werden. Zudem ist zu beachten, dass eine weitere Verzögerung des Projekts schnell weitere Kosten verursachen würde als die 175 000 Franken, die man einsparen könnte. Wenn der Einwohnerrat die politische Meinungsbildung bzgl. Erschliessung der Schutzmatte separat machen möchte, dann wäre es gut, dem Antrag zuzustimmen. Sie fände es zielführender, dies losgelöst von dieser Vorlage zu tun. Auf der Zeitschiene ist es sicher so, dass ein Entscheid bzgl. der doppelspurigen Einfahrt nicht vor Ende 2022 vorliegen müsste. Also nicht vor der weiteren Planung und nach der Volksabstimmung. Es wäre durchaus möglich, die doppelspurige Einfahrt dann wieder ins Projekt aufzunehmen. Aber wie gesagt: Wichtig ist der zuständigen Gemeinderätin vor allem, dass die Volksabstimmung jetzt und möglichst schnell angegangen werden kann und nicht noch Diskussionen im Rat geführt werden müssen wegen einer Vorleistung.

Thomas Hafner, Mitte/glp möchte trotzdem nochmals auf die Einfahrt zurückkommen. Es ist ihm klar, dass der Antrag von den Grünen kam. Seine Fraktion wird ihn ablehnen. Die zuständige Gemeinderätin hat erwähnt, aus ihrer Sicht könne man diese doppelspurige Einfahrt auch weglassen. Was ist die Meinung des Gesamt-Gemeinderats? Schlussendlich ist es ja ein Projekt des Gesamt-Gemeinderats. Hierzu hätte er gerne eine Antwort.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne hat am Anfang ganz klar gesagt, dass der Gesamt-Gemeinderat die doppelspurige Einfahrt in die Vorlage aufgenommen hat, um eine Vorleistung zu erbringen. Das ist die Haltung des Gesamt-Gemeinderats. Die Votantin möchte einfach nicht durch eine Kommissionsberatung im Einwohnerrat das Projekt gefährden. Wenn der Einwohnerrat dafür noch eine politische Meinungsbildung braucht, dann wäre es gut, dem Antrag zuzustimmen. Dann könnte man es rausnehmen. Wenn der Einwohnerrat diese Meinungsbildung nicht braucht, kann man direkt beschliessen.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP fasst zusammen, es gibt zwei Themenkreise, die bei den Abstimmungen über die Anträge behandelt werden müssen. Das eine ist das Herauslösen der zweispurigen Parking-Zufahrt gemäss Antrag der Grünen/EVP. Dies betrifft den Beschluss Ziffer 1 und einen neuen Beschluss Ziffer 7. Der Rest bleibt unverändert bei diesem Antrag. Dann gibt es einen zweiten Antrag der SVP, welcher dem Stimmvolk nur eine Variante vorlegen möchte. Das würde konkret heissen, dass man Antrag 3 bei der Abstimmung ablehnt und folgerichtig auch Antrag 4. Bei Antrag 5 müsste man, wenn man nur noch eine Variante hätte, eine kleine textliche Änderung vornehmen: «Vorbehältlich der Annahme der Vorlage durch die Stimmberechtigten [...]». Der Rest bleibt gleich.

Der Präsident möchte die Abstimmung mit dem Themenkreis rund um den Antrag der Grünen/EVP beginnen. Dieser lautet: «Für das Gesamtprojekt «Schulcampus Dorf» mit einspuriger Parkingzufahrt wird ein Baukredit in der Höhe von 48.23 Mio. CHF (inkl. MWSt von zurzeit 7.7%) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10% bewilligt.». Der Unterschied zu Antrag 1 des Gemeinderats liegt in der einspurigen Parking-Zufahrt und der Verminderung des Baukredits auf 48,23 Mio. Franken. Der Antrag 7 der Grünen lautet folgerichtig: «Der Gemeinderat wird beauftragt, das nicht zum «Schulcampus Dorf» gehörende Zusatz-

projekt für Vorbereitungsarbeiten eines Erschliessungstunnels zum Schutzmatten-Areal mit einer separaten Vorlage dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorzulegen.». Zuerst soll über Antrag 1 abgestimmt werden – der Antrag der Grünen gegen den Antrag des Gemeinderats – und danach über den neu eingebrachten Antrag 7. Dies gehört materiell zusammen.

Ausmehren: Antrag 1 des Gemeinderats (JA) vs. Antrag der Grünen (NEIN) (Abstimmung 12)

Antrag 1 des Gemeinderats: 22 JA

Antrag der Grünen/EVP: 17 JA

://: Der Antrag der Grünen wird abgelehnt.

Die Grünen ziehen ihren Antrag Nr. 7 zurück.

Antrag 1 des Gemeinderats: 32 JA / 7 NEIN (Abstimmung 13)

Antrag 2 des Gemeinderats: 38 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 14)

Damit kommt der Präsident zum Antrag der SVP, die dem Stimmvolk nur eine Variante vorlegen möchte. Das heisst, entweder stimmt man Antrag 3 des Gemeinderats zu, dann ist es eine Mehrfachvariantenvorlage, oder man stimmt nicht zu, dann entfällt Antrag 3 und es ist sowieso nur die Variante «optimiert» im Spiel gemäss Antrag 1.

Ausmehren: Antrag 3 des Gemeinderats (JA) vs. Antrag SVP (NEIN) (Abstimmung 15)

Antrag 3 des Gemeinderats: 32 JA

Antrag der SVP: 7 JA

Antrag 4 des Gemeinderats: 21 JA / 3 NEIN / 15 Enthaltungen (Abstimmung 16)

Antrag 5 des Gemeinderats: 37 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 17)

Antrag 6 des Gemeinderats: 29 JA / 5 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 18)

BESCHLUSS

- ://: 1. Für das Gesamtprojekt «Schulcampus Dorf» wird ein Baukredit in der Höhe von 48,4 Mio. Franken (inkl. MWSt von zurzeit 7.7%) mit einer Kostengenauigkeit von +/-10% bewilligt.
- ://: 2. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 unterliegt gemäss § 120 Abs. 2 Gemeindegesetz (GG; SGS 180) i. V. m. § 10 lit. g Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.
- ://: 3. Die Abstimmung wird mit mehr als einer Frage nach dem Verfahren mit bedingter Eventualabstimmung (Mehrfach-Ja mit Stichfrage) gemäss § 20 Gesetz über die politischen Rechte (SGS 120) durchgeführt.
- ://: 4. Der Einwohnerrat empfiehlt den Stimmberechtigten die Variante «Optimiert» zur Annahme.
- ://: 5. Vorbehältlich der Annahme der Variante «Optimiert» oder «Light» durch die Stimmberechtigten, beschliesst der Einwohnerrat eine Investitionsausgabe für den Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Schulhausneubaus in der Höhe von 0,2 Mio. Franken (inkl. MWSt von zurzeit 7.7%) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10% zu Lasten des Energiefonds Binningen zu finanzieren.
- ://: 6. Zusätzlich zu den Verpflichtungskrediten gemäss Ziffern 1 und 5 werden die nachgewiesenen Lohn- und Materialpreisänderungen gegenüber der Preisbasis (Baupreisindex Nordwestschweiz, Hochbau, Oktober 2020) bewilligt.
-

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP erklärt, damit wurde ein riesiges Projekt zuhanden des Stimmvolks verabschiedet. Seines Erachtens ist es eines der grössten, wenn nicht das grösste resp. teuerste Projekt in der Geschichte der Gemeinde. Es hat eine lange Vorgeschichte. Heute wurde debattiert und die Varianten noch einmal diskutiert. Jetzt ist es am Stimmvolk zu entscheiden. Er ist sehr froh, dass der Fahrplan, wie von der zuständigen Gemeinderätin gehofft, eingehalten werden kann und dankt allen für die doch eindeutige Stellungnahme zu diesem Geschäft. Es freut ihn als Präsident sehr im Namen der Gemeinde, aller Bürger und Bürgerinnen und vor allem auch der Kinder später.

Traktandum 6

Nr. 138/XII

Investition, Zonenmutation und Friedhofsbaulinie für Werkhofneubau, Bericht der BPK

BPK-Präsident Stephan Appenzeller, SP erläutert, nach dem vorherigen Brocken liegt nochmals ein gewichtiges Bauprojekt vor den Anwesenden. Dies in einer Phase, die etwas weniger weit ist. Gerne wird er in der gebotenen Kürze auf das Wichtigste hinweisen, was die BPK in ihrem Bericht auch bereits niedergeschrieben hat. Vorweg: Wer den Bericht vollständig gelesen hat, wird unschwer erkannt haben, dass sich die Kommission nicht einig war, was das richtige weitere Vorgehen ist. Sie schlägt daher zwei sich stark unterscheidende Ansätze vor. Gerade weil man sich nicht einig war in der Frage der Interpretation der Analyse, hat die BPK ihre Arbeit sehr sorgfältig gemacht. Insgesamt wurden seit September letzten Jahres 10 Sitzungen für die Beratung des Werkhofs eingesetzt. Alleine drei Sitzungen wurden dafür benötigt, verschiedene Werkhöfe vor Ort zu besichtigen und sich ein eins zu eins Bild zu wichtigen Kernfragen zu machen. Es waren dies der existierende Werkhof in Binningen sowie die Werkhöfe in Birsfelden und Arlesheim. Mit der Besichtigung des Binninger Werkhofs, der bereits einige Jahre auf dem Buckel hat, und im Gegensatz dazu der moderne Werkhof in Arlesheim, konnte sich die Kommission davon überzeugen, dass der heutige Werkhof in Binningen sowohl baulich wie auch betrieblich kein moderner Betrieb mehr ist. Es muss etwas getan werden. Wenn man ihn weiterbetreiben möchte, kommt man nicht um Investitionen herum. Investitionen für Instandsetzungsarbeiten, Investitionen für mehr Arbeitssicherheit, auch für Erdbebensicherheit. Ausserdem müsste die Gemeinde externe Lagerflächen anmieten, weil die Lasten, die auf den Decken lasten, z.T. zu gross sind.

Das alles wären Übergangslösungen. Nicht nachhaltig. Denn die Kommission kommt in ihrem Bericht zum Schluss, Binningen braucht einen neuen Werkhof. Es ist die Frage, wie schnell oder wie langsam. Mit der Besichtigung des Werkhofs in Birsfelden konnte sich die BPK davon überzeugen, dass der Betrieb eines Werkhofs neben einen Friedhof kein Problem darstellt. Birsfelden kennt diese Koexistenz seit bald 50 Jahren. Dem heutigen Werkhofleitenden sind keine Beschwerden bekannt, die sich aus dieser Koexistenz ergeben hätten. Die Werkhofmitarbeitenden wie auch die Friedhofmitarbeitenden bilden zusammen ein Team. Man kennt sich. Man kennt die Bedürfnisse. Wenn Abdankungen stattfinden, werden selbstverständlich keine lärmigen Arbeiten getätigt. Das muss man nicht einmal vorschreiben, das ergibt sich aus dem gemeinsamen Teamspirit. Die BPK kommt daher zum Schluss, dass es nach heutigem Wissensstand keinen besseren Standort in Binningen für einen Werkhof gibt, als der vorgeschlagene Standort an der Margarethenstrasse. Dies waren zwei wichtige Kernfragen.

An weiteren Sitzungen hat sich die BPK das vorliegende Projekt durch die Projektverfasser der Wenger Partner AG vorstellen lassen und hat mit der zuständigen Gemeinderätin und dem zuständigen Abteilungsleiter zahlreiche Fragen zum Projekt vertieft. Der Votant nennt diese im Überblick. Es ging um die generelle Beurteilung des Projekts, die Notwendigkeit eines Neubaus, die Beurteilung des Standorts neben dem Friedhof, mögliche alternative Standorte in Binningen, eine mögliche Erbringung von Werkhof-Dienstleistungen durch Dritte (Teil-Outsourcing). Es war aber auch die Frage von möglichen Zusammenarbeiten mit Nachbargemeinden. Hier hat die BPK nicht nur nach Bottmingen geschaut, sondern auch

auf Allschwil, Oberwil, Therwil und Basel. Zudem hat sich die Kommission vertieft mit der Frage der Abhängigkeit des Werkhof-Neubaus zur geplanten Überbauung des Spiesshöfli-Areals befasst. Auf diese Fragen möchte der Votant hier nicht weiter eingehen und verweist auf den Bericht, Kapitel 4.1 bis 4.7.

Am meisten hat sich die BPK mit der Frage der Kosten für den Neubau beschäftigt. Die Mitglieder waren sich einig, dass der beantragte Baukredit von 13,7 Mio. Franken gemäss Gemeinderatsantrag des letzten Jahres hoch ist. Ja zu hoch. Das war auch die Haltung des Einwohnerrats im letzten Jahr, als er die BPK beauftragte, Kosteneinsparungen von 2,5 Mio. Franken zu suchen. Die BPK hat dazu zwei Ansätze verfolgt. Sie hat einerseits mit den Daten, die ihr zur Verfügung standen, Kostenvergleiche mit anderen Werkhöfen erstellt. Dazu hatten sie Angaben eines Werkhofs in Wangen im Kanton Solothurn aber auch einen Bericht aus dem Kanton Zürich, welcher 10 Werkhöfe in der ganzen Schweiz nach gewissen standardisierten Kennzahlen verglichen hat. Der Vergleich, den die Kommission gemacht hat, hat ihr gezeigt, dass der Binninger Werkhof im Quervergleich mit den anderen Projekten teuer ist und im oberen Drittel der verglichenen Werkhöfe liegt. Es war nicht der teuerste, aber er gehörte zu den teureren. Auch wenn man spezifische Gründe, wie Hanglage oder Bau über einer bestehenden Zivilschutzanlage berücksichtigt, ist das Projekt im Quervergleich immer noch ein teures Projekt. Das ist der eine Ansatz.

Der andere Ansatz ist, dass die Kommission überlegt hat, wie sie den Auftrag des Einwohnerrats erfüllen kann, welcher Kostenersparnisse von 2,5 Mio. Franken aufgezeigt erhalten wollte. Der externe Planer hat dafür auf Basis des Einwohnerratsbeschlusses und im Auftrag des Gemeinderats zwei Varianten ausgearbeitet. Das sind die beiden im Bericht dargestellten Varianten. Die Varianten bringen keine Kostenreduktion von 2,5 Mio. Franken. Das muss man klar sagen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Es können aber immerhin 1,4 oder 1,6 Mio. Franken eingespart werden. Beide Varianten basieren auf dem vorliegenden Projekt. Sie stellen also keine Neuplanung dar. Die BPK hat auf diesem Ansatz eine dritte Optimierungsvariante entworfen, welche noch weitergeht als das Kostendach des Einwohnerrats. Es wurde die Annahme getroffen, dass damit die ganzen 2,5 Mio. Franken eingespart werden könnten. Diese Variante wurde aber nicht vom externen Planer geprüft. Der vierte Ansatz der BPK geht noch weiter. Die Kommission hat in Erwägung gezogen, das vorliegende Projekt nicht weiterzuverfolgen und stattdessen die Planung für einen neuen Werkhof nochmals ganz von vorne zu starten mit freien Rahmenbedingungen, aber mit einem definierten Preisschild von maximal 9 bis 10 Mio. Franken.

Bei all den erläuterten Punkten, Analysen und Sachzusammenstellungen war sich die Kommission einig. All diese Punkte wurden im Konsens erarbeitet und im Konsens redigiert. Nicht einig war sich die BPK dann aber bei den Schlussfolgerungen aus all diesen Analysen und Erkenntnissen. Welcher Weg soll weiterverfolgt werden? Welche Variante soll dem Einwohnerrat zur weiteren Bearbeitung beantragt werden? Die verschiedenen Abstimmungen haben gezeigt, dass keine der vier Varianten eine Mehrheit in der BPK erreichen konnte. Es wäre nicht möglich gewesen, eine Mehr- und Minderheitsvariante zu präsentieren. Die Kommission hat daher beschlossen, dem Einwohnerrat die beiden Minderheitsvarianten, die am besten abgeschnitten haben, zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen. Daraus gibt es eine Minderheit eins und eine Minderheit zwei. Die Minderheit eins spricht sich für die Variante «Verzichtsplanung» des Gemeinderats aus. Die Variante erlaubt, die Kosten um 1,6 Mio. Franken auf neu 12,1 Mio. Franken zu reduzieren. Das Vorgehen würde erfordern, dass der Rat das Projekt an den Gemeinderat zurückweist, um es auf den gleichen Kostenstand wie das Vorprojekt Plus zu überarbeiten. Die Minderheit zwei spricht sich für einen Neuanfang aus. Sie schlägt vor, das vorliegende Projekt abzulehnen. Stattdessen soll der Gemeinderat beauftragt werden, eine neue Planung für einen Werkhof nochmals ganz neu anzugehen. Dies aber mit einer verbindlichen Kostenbandbreite von 9 bis 10 Mio. Franken.

Das Vorgehen der BPK ist sicher ungewöhnlich und es ist auch ein Stück weit der Not entsprungen, dass innerhalb der Kommission kein Konsens gefunden werden konnte. Es hat aber auch seine Vorteile. Die grundlegenden Fragen rund um einen neuen Werkhof, die die Kommission alle beleuchtet hat, können hier im Plenum beraten werden. Dies anhand von zwei Varianten, die sich doch deutlich unterscheiden.

Einerseits eine Variante Kostenoptimierung und Weitermachen auf Basis des Projekts, welches der Gemeinderat ausgearbeitet hat oder gänzliche Neuplanung mit neuen Rahmenbedingungen. Quasi auf der grünen Wiese neu starten. Zum letzten Antrag «Empfehlung zur Baukostenplanung» möchte sich der Votant nur kurz äussern. Es handelt sich hier um eine Pendeuz aus dem Jahr 2015. Damals hat der Einwohnerrat verlangt, dass der Gemeinderat für grosse Bauprojekte einen Projektleitfaden mit ganz konkreten Eckwerten erarbeitet. Es gibt heute einen Projektleitfaden und die vom Einwohnerrat im Jahr 2015 gewünschten Eckwerte werden nach Einschätzung der BPK heute weitgehend eingehalten. Aber es fehlt ein formelles Dokument, ein formeller Anhang zu diesem Projektleitfaden, welcher diese Eckwerte schriftlich festhält. Die zuständige Gemeinderätin hat der BPK zugesichert, dass man einen solchen Anhang problemlos erstellen und ergänzen kann. Aus diesem Grund wurde es als zusätzlicher Antrag aufgenommen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Schwarb, Grüne/EVP führt aus, der Werkhof Binningen sei ein Drama in vielen Akten. Es gab bereits Volksabstimmungen zu diesem Thema. Die Anwesenden haben nun transparent gehört, wie genau es die BPK mit dem Projekt genommen hat. Es war so, dass die Kommission in der Analyse Einigkeit erzielen konnte. Lediglich dazu, wie man die Analyseergebnisse umsetzt und wertet, gab es dann geteilte Meinungen. Die Fraktion Grüne/EVP bevorzugt von den BPK-Varianten den Antrag 8.1 «Verzichtsplanung» und unterstützt auch den Zusatzantrag 8.3 «Richtlinien Baukostenplanung». Warum unterstützt die Fraktion die Variante «Verzichtsplanung»? Die Baukosten sind zwar hoch, sie werden aber durch einige Vorteile wettgemacht. Zum einen wird kein neuer Boden überbaut, weil der Werkhof im Wesentlichen über einer bestehenden Zivilschutzanlage zu liegen kommt. Das Zweite ist, dass das Gebäude gut in das Gelände eingefügt wird, sodass es von oben praktisch nicht mehr sichtbar ist. Diese beiden Punkte sind übrigens ein Grund für die relativ hohen Kosten. Die räumliche Nähe zum Werkhof ist problemlos. Das wurde berichtet. Man kann sogar sagen: Verglichen mit dem von der BPK besuchten Werkhof ist der Binninger noch deutlich besser gemacht, sodass Immissionen Richtung Friedhof eigentlich fast nicht möglich sind.

Die BPK hat das Bauprojekt im Auftrag des Einwohnerrats intensiv geprüft und hat versucht, alles Verzichtbare zu streichen. Es muss aber beachtet werden, dass die Zusammenlegung der heutigen Werkhofstandorte auch zu einem Effizienzgewinn führen wird. So wird man über die Zeit erhebliche Betriebskosten einsparen können. Noch als letzter wesentlicher Punkt: Für diesen Standort muss heute kein Boden erworben werden. Müsste die Gemeinde den Boden kaufen, dann wäre dies wahrscheinlich teurer als die Baukosten. Wenn die Gemeinde überraschenderweise an einem anderen Ort noch geeigneten Boden hätte, müsste man trotzdem beachten, dass dort in diesem Fall eine alternative Nutzung nicht mehr möglich wäre. An der jetzt vorgesehenen Lage könnte man wahrscheinlich nichts anderes als diesen Werkhof bauen. Fazit: Die Gemeinde Binningen würde mit der Variante «Verzichtsplanung» einen zweckmässigen Werkhof erhalten, welcher endlich die betrieblichen Bedürfnisse decken kann, einen Effizienzgewinn ermöglicht und mit dem knappen Binninger Boden effizient umgeht.

Rahel Amacker, Mitte/glp bedankt sich namens ihrer Fraktion bei der BPK für den Bericht und wird dem Antrag «Variante Verzichtsplanung» mit einem Kostendach von 12,1 Mio. Franken +/- 10 Prozent zustimmen. Ebenfalls zustimmen werden sie dem Antrag zur Erstellung eines Anhangs zum Projektleitfaden für Grossbauprojekte, um die Arbeit in der Kommission künftig zu vereinfachen. Aktuell gibt es in Binningen einen Werkhof, der durch das Erledigen von Aufgaben in den Bereichen wie das Arbeiten für öffentliche Anlässe, Beleuchtungsunterhalt, Strassenunterhalt und Reinigung, Friedhof und Bestattung sowie im Winterdienst einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Gemeinde leistet. Die bestehende Arbeitsteilung wird als effizient eingestuft. Doch schaut man sich den Zustand des Gebäudes des

Binninger Werkhofs an, kann definitiv nicht die Rede von einer modernen Gemeinde sein. Der BPK-Bericht aus dem Jahr 2019 macht deutlich, dass der bestehende Werkhof an der Parkstrasse sowohl baulich wie auch betrieblich seit Jahren keinem modernen Betrieb und keinem zeitgerecht eingerichteten Arbeitsplatz für die Mitarbeitenden mehr entspricht. Die Vorschriften für die Arbeitssicherheit können nur eingeschränkt eingehalten werden und das Gebäude ist gemäss aktuellen Anforderungen nicht erdbebensicher. Kurz gesagt: Die Sicherheit der Mitarbeitenden ist gefährdet. Das ist für ihre Fraktion inakzeptabel. Es braucht einen zeitgemässen Neubau.

Ja, die Mitte/ glp wollte eine Kosteneinsparung von 2,5 Mio. Franken. Dies wurde leider nicht erreicht, was die Fraktion bedauert. Durch ihre heutigen Stimmen wollen sie aber nicht ein wichtiges Bauprojekt verzögern und auch nicht, dass die Kosten im Endeffekt noch höher werden. Eine Neuplanung kommt für sie daher nicht in Frage. Dadurch würde man das Problem lediglich nach hinten verschieben und zeitgemässe Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden müssten noch länger auf sich warten lassen. Die Mitte/ glp sieht daher in der Variante «Verzichtsplanung» mit optimiertem Raumprogramm und einem Einsparpotenzial von 1,58 Mio. Franken den richtigen Weg. Betreffend Standort: Das Beispiel des Werkhofs in Birsfelden überzeugt auch ihre Fraktion, dass ein Betrieb eines Werkhofs neben einem Friedhof kein Problem darstellt. Der Werkhof- ebenso wie der Friedhofbetrieb befinden sich dort wie auch in Binningen unter einer Leitung, sodass die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Friedhofsbesuchenden sowie bei den Abdankungen eine Selbstverständlichkeit ist. Wichtig ist aber auch, dass auf die Bedürfnisse und Bedenken der Binninger Bevölkerung eingegangen wird, um ihnen diese nehmen zu können und Lösungen zu finden. Die Votantin bedankt sich für die grossmehrheitliche Aufmerksamkeit.

Brigitte Strondl, SP erläutert, am 30. August 2021 wurde das Geschäft zum Werkhof-Neubau ein weiteres Mal vom Einwohnerrat an die BPK überwiesen, da das Vorprojekt Plus ein Baukredit von rund 13,7 Mio. Franken +/- 10 Prozent ergeben hat. Dieser Baukredit war um rund 5 Mio. Franken höher als die geschätzten Baukosten in der Machbarkeitsstudie von 2018. Die BPK hat ihren Schwerpunkt auf die Überprüfung der Kosten gelegt und versucht ausfindig zu machen, wo ca. 2,5 Mio. Franken eingespart werden können gemäss Auftrag des Einwohnerrats vom 30. August 2021. Insgesamt hat die BPK vier Varianten in Erwägung gezogen und sich schlussendlich auf zwei Varianten geeinigt, da keine Variante eine Mehrheit erhalten hat. Ihre Fraktion gibt der vom externen Planer, der Wenger Partner AG, vorgestellten Variante «Verzichtsplanung» gegenüber der Variante «Neuplanung mit freien Rahmenbedingungen» überzeugt den Vorzug, auch wenn die Kostenreduktion nicht ganz bei 2,5 Mio. Franken lag. Die SP möchte keinen Leistungsabbau unter Auslagerungen, sondern einen modernen, leistungsfähigen, neuen Werkhof mit zeitgemässen Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden. Eine Sanierung des bestehenden Werkhofs bedeutet für sie nur unnötige Investitionen. Mit der Variante «Verzichtsplanung» besteht jetzt die einmalige Gelegenheit, die frei werdende Werkhofparzelle in die Planung des gesamten Spiesshöfli-Areals miteinzubeziehen.

Die Abklärungen der BPK haben ergeben, dass der Standort des Friedhofs kein Problem darstellt. Der Werkhof in Birsfelden ist ein gutes Beispiel dafür, wie es funktionieren kann. Warum also wird bei der Variante «Neuplanung» der Standort wieder in Frage gestellt? Zum heutigen Zeitpunkt gibt es in Binningen keinen besseren Standort. Für die Erreichbarkeit des Friedhofs und auch des neuen Werkhofs mit einem öffentlichen Verkehrsmittel muss weiterhin eine vernünftige und zahlbare Lösung gesucht werden. Die Parzelle neben dem Friedhof gehört der Gemeinde. Müsste eine neue Parzelle gekauft werden, würde dies sehr teuer werden. Thomas Schwarb hat es bereits erwähnt. Eine Neuplanung in nur zwei bis drei Jahren erachtet die SP als illusorisch. Mit einer Neuplanung beginnend bei Null wäre die langjährige Arbeit umsonst gewesen und die bisherigen Planungskosten müssten abgeschrieben werden. Zudem erwartet die Fraktion bei einer Neuplanung eher Mehr- als Minderkosten. Die SP-Fraktion möchte, dass die Variante «Verzichtsplanung» mit einem Kostendach von 12,1 Mio. Franken +/- 10 Prozent gemäss der Wenger Partner AG überarbeitet wird und dann nochmals an den Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung geht. Die Planung des neuen Werkhofs dauert inzwischen bereits 15 Jahre. Nach

Ansicht der Votantin wäre es da wirklich einmal an der Zeit, von der Planung zur Umsetzung zu schreiben. Dem Zusatzantrag der BPK zur Baukostenplanung stimmt die SP zu.

Konrad Widmer, SVP signalisiert, die SVP sei auch ganz klar der Meinung, dass sie Antrag 8.3 zustimmen kann. Hier hört der Konsens leider bereits auf. In der BPK, die Anwesenden haben es gehört, waren die Mitglieder 50:50 für zwei Extrempositionen. Das ist eigentlich schade. Es hätte ja noch etwas dazwischen gegeben. Wenn man nämlich beim bestehenden Projekt die geforderte Kostenreduktion tatsächlich hätte erzielen können. Dies war offenbar nicht möglich. Daher spricht sich die SVP für die Variante 8.2 aus. Nicht aus einer totalen Opposition gegen den Standort. Ehrlicherweise muss man sagen, alle die Binningen kennen, und das sind alle hier im Saal, wissen nicht, wo dieser sein sollte. Aber im Antrag 8.2 steht auch nicht, man müsse einen anderen Standort suchen. Man muss den Blick vielleicht einfach nochmals öffnen. Es kann aber durchaus am Standort an der Margarethenstrasse sein. Der wichtigere Punkt ist, dass man dort von einem Kostendach ausgeht. Aus diesem Grund unterstützt die SVP den Antrag 8.2 der BPK.

Daniel Zimmermann, FDP erklärt, seine Fraktion sei durchaus der Meinung, dass Binningen in den nächsten 5 bis 10 Jahren einen Werkhof erhalten sollte mit allen von seinen Vorrednern definierten Qualitäten. Letztlich ist die FDP aber nicht bereit, diesen Werkhof zu einem horrenden Preisschild zu kaufen, das jenseits von Gut und Böse ist. Das hat die Partei immer gesagt. Sie hat damals, als man die Planungskosten in Auftrag gegeben hat mit einer Empfehlung der BPK und einem Preisschild von 8,6 Mio. Franken, dieser Planung und letztlich auch der Standortwahl zugestimmt. Nur hat sich in der Zwischenzeit eine enorme Projektentwicklung ergeben, bei der man von 8,6 Mio. Franken auf 13 oder 14 Mio. Franken gelandet ist. Für die FDP ist das Projekt einfach total überrissen. Wenn man es visualisiert anschaut, kommt es sicher sehr schön daher. Es passt vielleicht auch in den Hang und jeder Architekt, der daran gearbeitet hat, hat sich sicher viel überlegt mit der schönen Fassade. Aber ein eigentlicher Zweckbau, wie ihn Binningen braucht, ist es nicht.

Im Benchmark konnte nachgewiesen werden, dass andere Werkhöfe bedeutend – und hier spricht man nicht von zwei, drei Mio. Franken. Hier redet man von einigen Mio. Franken mehr – günstiger realisiert werden können. Der Votant empfiehlt den Anwesenden, nächstes Wochenende bei schönem Wetter nach Ettingen zu gehen und sich den dortigen Werkhof anzuschauen. Dieser Werkhof wurde im Benchmark nicht diskutiert. Aber man erhält einen Eindruck, wie heute ein moderner Werkhof zu vernünftigen Preisen gebaut werden kann. Die FDP ist nach wie vor der Meinung, dass hier etwas drinnen liegt und hat deshalb den Entscheid gefällt, die Neuplanung zu empfehlen. Die Neuplanung hat folgenden Vorteil. Man kann dem Planungsteam mit einem Preisschild zwischen 9 und 10 Mio. Franken einen Auftrag erteilen für ein komplett neues Projekt, was letztlich sicher machbar ist. Die Fraktion ist auch offen in der Standortfrage. Wo dies genau ist, weiss zum jetzigen Zeitpunkt wohl niemand. Aber der Gemeinderat erhält einen enormen Spielraum, um den Werkhof vielleicht mit ganz anderen Überlegungen neu zu entwickeln. Es ist nicht gesagt, dass dieser unbedingt zwingend in Binningen stehen muss. Es gab Anzeichen. Der BPK-Präsident hat zumindest angetönt, dass man andere Gemeinden angefragt hat. Es steht zumindest so im Bericht. Es zeigen sich Signale, dass wenn man etwas mehr Zeit hätte, sich durchaus noch andere Lösungen ergeben könnten. Daher wurden auch zwei bis drei Jahre vorgeschlagen. Der Redner möchte es kurz machen. Die FDP ist ganz klar für eine Neuplanung mit einem Preisschild von 9 bis 10 Mio. Franken. Die Fraktion wird dem Antrag zur Baukostenplanung selbstverständlich zustimmen.

BPK-Präsident Stephan Appenzeller, SP dankt für die vielen Voten. Er möchte nur noch präzisierend auf etwas hinweisen. Daniel Zimmermann hat erwähnt, dass die BPK mit anderen Gemeinden Kontakt aufgenommen hat. Dies waren die Gemeinden Oberwil, Allschwil, Therwil und Basel. Dies in Ergänzung zur Anfrage, die der Gemeinderat bereits an die Gemeinde Bottmingen gestellt hat. Das Ergebnis ist im Bericht zusammengefasst. Er möchte es hier aber kurz wiederholen. Alle Gemeinden haben gesagt, dass sie auf absehbare Zeit keine Werkhofprojekte haben und kein Interesse besteht, etwas gemeinsam mit

Binningen zu planen. Alle haben mitgeteilt, dass sie für die Gemeinde Binningen keine Parzellen zur Verfügung stellen können für einen Werkhof extraterritorial. Aber alle haben auch gesagt, wenn sich irgendwo operative Zusammenarbeiten ergeben würden oder wenn Binningen den anderen Gemeinden ein günstiges Angebot machen kann, dann wären sie selbstverständlich offen in Dialog zu treten. Dies wollte er einfach präzisierend anmerken.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte sich zuerst explizit bei der BPK für die grosse Arbeit und den ausgezeichneten Bericht bedanken, auch wenn sie mit dem Ergebnis bzw. mit den Anträgen natürlich nur teilweise glücklich ist. Besten Dank auch für die Voten zu diesem Bericht und den zahlreichen Abklärungen. Wenn die Ratsmitglieder das Projekt an den Gemeinderat zurückweisen gemäss Antrag «Neuplanung», dann setzen sie einerseits eine Viertel Million Franken in den Sand, welche nämlich bereits verplant wurde. Andererseits lassen sie ausser Acht, dass man bei einem Kostendach von 10 Mio. Franken die Viertel Million Franken dazu rechnen muss, welche bereits verplant wurde, plus die rund 1,5 Mio. Franken, die man in den alten Standort investieren muss. Dann ist man bald wieder bei den jetzigen Kosten der Variante «Verzichtsplanung» mit 12,1 Mio. Franken. Rechnet man dann noch die Baukostenteuerung dazu, die kommen wird bis die Gemeinde ein neues Projekt erarbeitet hat – Die Anwesenden müssen sich bewusst sein, dass der Gemeinderat kein neues Projekt in einem Jahr erarbeiten kann. Das ist schlicht unmöglich. –, dann ist es am Schluss sogar teurer, als wenn man jetzt der Variante «Verzichtsplanung» zustimmen würde. Es ist bedauerlich, dass die Kosten höher sind als ursprünglich angedacht. Es ist auch bedauerlich, dass nicht das ganze Einsparpotenzial erreicht wurde. Hierfür hat sie durchaus Verständnis. Aber es wurde eine realistische Planung gemacht und es wurde realistischere geschaut, was möglich ist und was nicht möglich ist.

Der Standort, welcher grundsätzlich nicht in Frage gestellt ist, birgt gewisse Risiken und das verursacht auch entsprechend Kosten. Wenn das Parlament dieses Projekt jetzt zurückweist, dann garantiert die zuständige Gemeinderätin den Anwesenden, dass sie in den nächsten 10 Jahren keinen neuen Werkhof haben werden. Man wird weiterhin an den bestehenden Standorten operieren müssen und es werden auch im Bereich Spiesshöfli keine weiteren Entwicklungsschritte gemacht werden können. Es wäre eine Chance für Binningen, den Werkhof an diesem neuen Standort bauen zu können. Wenn der Rat meint, mit einer Rückweisung käme es günstiger, dann muss sie klarstellen, dass dies ein absoluter Trugschluss ist. Es wird nur Geld in den Sand gesetzt, das bereits ausgegeben wurde und wo es künftig teurer wird. Die Votantin appelliert an die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, wenn sie wirtschaftlich denken, und es ist wichtig, dass sie das machen, der Variante «Verzichtsplanung» zuzustimmen. Alles andere kostet nur Geld.

Ralph Büchelin, SP erinnert daran, dass Brigitte Strondl in ihrem Votum die Teuerung bei einer Neuplanung angesprochen hat. Sie hat dabei eher von Mehr- als Minderkosten gesprochen. Er kann ihrer Aussage hinzufügen, dass die Kosten bei einer Neuplanung mit grösster Sicherheit deutlich steigen würden. In der aktuellen politischen Situation sieht man in allen Bereichen einen namhaften Teuerungsanstieg. Materialien werden knapp. Gewisse Projekte können gar nicht mehr gebaut oder ausgeführt werden. Gerade in der Bauindustrie verteuern sich Zement, Holz, Stahl und weitere Baustoffe. Es muss nun wirklich vorwärts gemacht und der Werkhofneubau Margarethen muss baldmöglichst realisiert werden. Sonst wird es immer teurer.

Thomas Hafner, Mitte/glp signalisiert, natürlich habe seine Fraktion Verständnis in Hinblick auf die Kosten. Die Mitte/glp hätte das Projekt auch lieber günstiger gehabt. Er hat ein Stück weit Verständnis, dass man die Kosten noch weiter senken möchte. Aber eine Neuplanung ist ein Trugschluss. Der Votant glaubt nicht, dass es günstiger wird. Wenn man nun alles nochmals anpacken müsste, kann es gar nicht günstiger werden. Es scheint ihm süffisant, dass man im Antrag sagt, man möchte nicht alleine die Margarethenstrasse anschauen, sondern noch andere Sachen in Erwägung ziehen. Die BPK hat wie gesagt Anfragen getätigt. Die Kommission erhielt klare Antworten. Keine andere Gemeinde möchte Land zur Verfügung stellen, geschweige denn einen gemeinsamen Werkhof mit Binningen bauen in den nächsten

10 Jahren. Wenn man nun sagt, es müsse nicht unbedingt an der Margarethenstrasse sein, man habe vielleicht noch an einem anderen Ort einen Standort. Es kann sein, dass in den nächsten 10 Jahren etwas kommen wird. Aber der kostet auch Geld und gehört nicht der Gemeinde Binningen. Für den Redner wäre es fatal, wenn man nun nochmals den Weg einer Neuplanung in Betracht ziehen würde, denn günstiger wird es mit allem zusammen inkl. Land ganz sicher nicht mehr.

Für *Marc Schinzel, FDP* sind es inzwischen etwas zu viele mantramässige Beschwörungen, wie man sie eben von seinem Vorredner gehört hat. Es wird ganz sicher nicht billiger, usw. Was man in diesem Saal nicht schon alles gehört hat, was nicht möglich sein soll resp. was man nicht machen kann. Es hiess, der Werkhof müsse sofort ersetzt werden. Den könne man nicht weiterführen. Der Bericht führt sehr gut aus – und darum ist er sehr froh. Es handelt sich um einen sorgfältigen Bericht –, dass man den bestehenden Werkhof sehr wohl noch 10 Jahre weiterbetreiben kann. Das wird klipp und klar gesagt. Darum ist er froh. Dann hört man immer, das Geld, welches bereits verplant wurde, sei weg. Der Votant ist der Ansicht, wenn die Planung nicht überzeugt, dann muss halt nochmals neu geplant werden. Das ist überall so. Das muss er im Schulrat machen. Wenn etwas nicht stimmt, muss man nochmals dahinter. Das muss man hier in der Politik machen und man muss es zu Hause halt auch machen. Dann muss das Ganze nochmals in die Hand genommen werden. Er äussert an die Adresse von Brigitte Strondl gerichtet, wenn er hinter einem Langsamfahrer fährt, könne er auch nicht sagen: «So, nun habe ich genügend lange gewartet. Jetzt überhole ich.». Das geht nicht. Und einfach zu sagen, man könne es nicht billiger planen, wenn man sieht, es ist einfach zu wenig drin und vor allem, wenn man im Bericht auch sieht, dass der Benchmark von Werkhöfen in anderen Gemeinden deutlich tiefer ist als in Binningen. Er glaubt schon, dass noch etwas gemacht werden kann. Das Geld muss primär für Schulen eingesetzt werden und nicht zu vergessen auch für das Schwimmbad. Das bringt der Bevölkerung etwas. Aber eine Vergoldung eines Werkhofs bringt der Bevölkerung nichts.

Roman Oberli, SVP hat eine Entgegnung an Thomas Hafner. Die Mitte sagt immer, dass sie die Kostenexplosion resp. die Teuerung bei den Projekten stört. Die hat man leider bei praktisch jedem grossen Projekt. Nichtsdestotrotz stimmt die Fraktion dann immer für die teure Variante. Hier muss einmal festgehalten werden, dass dies nicht so sein muss. Andere Gemeinden zeigen, dass es günstiger gehen kann. Wenn man nicht zufrieden ist mit dem Projekt, muss man konsequent sein und sagen: «Nein. So möchten wir das nicht.». Insbesondere auf das jetzt schon sehr teure Schulhaus, welches zur Abstimmung kommt, und die Schwimmhalle, die saniert werden muss und die eine wichtige Institution für die Binninger Bevölkerung ist, darf nicht einfach jede Aussage des Gemeinderats als gegeben angesehen werden, um dann zähneknirschend den ausgegebenen Planungskosten zuzustimmen.

Thomas Hafner, Mitte/glp würde zu den letzten beiden Voten gerne kurz etwas sagen. Seine Fraktion hat nicht gesagt, sie glaube nicht, dass es günstiger gehe. Ein Neubau zu bauen geht unbestritten immer günstiger. Er nimmt das Beispiel in Ettingen. Die Anwesenden sollten es anschauen gehen. Dort hat man einen Werkhof auf der grünen Wiese gebaut. Das ist eine ganz andere Situation als hier in Binningen. Natürlich ist die Mitte/glp für günstigere Varianten. Aber wenn die Fraktion sieht, dass man am Schluss nicht zum Ziel kommt, sucht sie den Kompromiss. Daher fänden sie es nun wirklich wichtig, dass man dies angeht. Es kann niemand beweisen, dass es am Schluss günstiger wird. Der Neubau kann sicher günstiger werde. Aber wenn man alles drum herum miteinbezieht hat die Fraktion den Glauben nicht, dass es am Schluss günstiger wird. Das möchten sie festhalten.

Daniel Zimmermann, FDP möchte noch etwas klarstellen, was die zuständige Gemeinderätin in ihrem Votum erläutert hat, als sie die Additionsrechnung aller Ausgaben gemacht hat. Im BPK-Bericht steht, wenn man den Betrieb im bisherigen Werkhof 10 Jahre aufrechterhalten möchte, müsste man maximal 1,5 Mio. Franken investieren. Das ist eine geschätzte Zahl. Die ist nicht erhärtet. Die Idee der Neuplanung ist, dass man diese in zwei bis drei Jahren im Einwohnerrat diskutiert. Man redet also nicht von Investitionen von 1,5 Mio. Franken, die sie dazu addiert, sondern es wird von minimalen Unterhaltsar-

beiten ausgegangen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Dann erwartet seine Fraktion bei einer Neuplanung eine neue Vorlage. Dies nur zur Präzisierung. Das Zweite ist, dass die ganze Thematik mit den Zahlen im Delta einem Werkhof einer kleinen Gemeinde entspricht. Man redet hier nicht von 200 000 oder 300 000 Franken. Es wird von Maximalbeträgen von 5 Mio. Franken gesprochen. Für 5 Mio. Franken, die man hier einsparen könnte, bauen andere Gemeinden einen eigenen Werkhof. Man muss sich in der Gesamtbetrachtung einfach vor Augen halten, was man hier für Zahlen hat. Die FDP war der Meinung, der Gemeinderat sollte die Gelegenheit erhalten, das Projekt nochmals von Anfang an zu entwickeln. Der BPK war vermutlich schon klar, dass der Sparauftrag für einen Architekten, der ein eigenes Projekt entwickelt hat, sehr schwierig wird. Wenn er an seinem eigenen Projekt anfangen muss zu sparen, ohne dass das Raumprogramm geändert wird, dann ist dies eine Schwierigkeit, die vermutlich jedem Fachmann hier im Saal klar ist. Es ging ihm einfach um eine Präzisierung der Aussage des Gemeinderats.

Rahel Amacker, Mitte/glp möchte sich gegen den Vorwurf gegen ihre Fraktion wehren. Wie bereits gesagt, die Mitte/glp wollte eine Kosteneinsparung von 2,5 Mio. Franken. Nun gibt es ein Einsparpotenzial von 1,58 Mio. Franken. Es fehlt eine knappe Million Franken. Das stimmt. Für ihre Fraktion ist aber die Arbeitssicherheit, die nur eingeschränkt eingehalten werden kann, ein absolutes No Go. Dies müsste man beheben. Das wären 1,5 Mio. Franken. Damit wäre man schon wieder darüber. Daher sieht die Mitte/glp in der Verzichtsplanung den richtigen Weg, weil sie langfristig denken. Man kann der Fraktion diesen Vorwurf machen. Sie können es aber auch zurückgeben und sagen, sie machen nicht immer Parteipolitik sondern lieber Sachpolitik. Sie sehen darin den sachlich richtigen Weg. Die BPK hat in ihrem Bericht gut aufgezeigt, wie sie es versucht hat. Mehr Einsparungen sieht ihre Fraktion nicht resp. diese Streichungen möchte sie nicht. Daher ist dies der richtige Weg für sie.

Jürg Blaser, SVP fragt sich, ob es nicht möglich wäre, den Werkhofneubau am jetzigen Standort neu zu bauen. Hat man diese Sache genau abgeklärt? Das wäre seiner Ansicht nach die beste Lösung.

Brigitte Strondl, SP muss Marc Schinzel noch etwas entgegnen. Sie war bereits in der Vergangenheit einmal Mitglied der BPK als Daniel Zimmermann BPK-Präsident war. Damals hat die Kommission das Projekt Werkhof auch genau angeschaut. Den damaligen Bericht der Bau- und Planungskommission aus dem Jahr 2019 hat sie vor sich. Dort waren sich alle einig und es steht im Bericht: «Die BPK stellt abschliessend fest, dass der Neubau eines Werkhofs am vorgeschlagenen Standort – also beim Friedhof – mit den formulierten Zielsetzungen sämtliche Bedürfnisse eines neuzeitlichen Werkhofbetriebes aufnimmt und ein gutes Projekt erwartet werden kann. Der bestehende Werkhof in der Parkstrasse entspricht sowohl baulich wie auch betrieblich seit Jahren keinem modernen Betrieb mehr. Die sicherheitstechnischen Auflagen können nur mit einem enormen technischen und finanziellen Aufwand erfüllt bleiben. Von einem zeitgerecht eingerichteten Arbeitsplatz für unsere Mitarbeiter kann schon lange nicht mehr geredet werden.» Die Votantin findet es seltsam, dass die FDP nun kommt und alles über den Haufen werfen möchte.

Daniel Zimmermann, FDP antwortet, etwas habe seine Vorrednerin nicht gesagt: «[...] zu einem Preisschild von 8,6 Mio. Franken.» Das wurde nicht erwähnt. Das sind die 9 Mio. Franken, die die FDP dem Rat schon die ganze Zeit versucht klarzumachen. Das Vorgelesene war, wenn er sich richtig erinnern mag, vom ganzen Rat akzeptiert. Der ganze Rat hat anschliessend den Planungskredit gesprochen. Alles, was man in diesem Bericht gesagt hat, ist richtig, aber zu einem Preis von 8,6 Mio. Franken. Er hat es zu Beginn erwähnt. Das Projekt hat sich in den Kosten dermassen entwickelt, dass man jetzt – er weiss bald die Zahlen nicht mehr – bei 14 Mio. Franken ist. Das steht in keinem Verhältnis, wenn man den Benchmark der Projekte anschaut, die zurzeit in der Region entstehen.

Marc Schinzel, FDP führt aus, Daniel Zimmermann habe die Kosten erwähnt. Die 5 Mio. Franken, die plötzlich zusätzlich hinzugekommen sind. Nochmals: Er hätte diese lieber für das Schwimmbad. Dort braucht man auch noch sehr viele Millionen Franken. Es gehen sehr viele Personen aus ganz Binningen

schwimmen. Er möchte das Geld dort einsetzen und nicht, um den Werkhof zu vergolden. Es wurde bereits auf den Benchmark hingewiesen. Der Votant kann sich nicht vorstellen, dass die Gemeinde Binningen eine dermassen schwierige topografische Lage hat. Wenn man es mit Wangen an der Aare und anderen Gemeinde vergleicht, die können das einfach billiger. Daher kann man es auch einfach nochmals anschauen. Er findet, man könne auch gescheiter werden und es gibt eine Entwicklung. Der Bericht hatte seine Berechtigung, aber es liegt nun ein neuer Bericht vor. Hier gibt es Grundlagen, um sagen zu können, es ist gut, dies nochmals a fonds zu überdenken. Er ist der Meinung, man könnte schon noch besser werden.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern. Sie muss aber doch noch zwei, drei Sachen dazu sagen. Die 8,6 Mio. Franken seinerzeit beim Planungskredit waren +/- 30 Prozent. Da ist man weit weg von den 9 bis 10 Mio. Franken, die der Minderheitsantrag Variante «Neuplanung» nun fordert. Wenn man 8,6 Mio. Franken plus 30 Prozent rechnet, ist man an einem anderen Punkt. Trotzdem ist es unrealistisch an der Lage, die man dort hat. Wenn man sagt, man solle offen sein für andere Standorte, kann sie nur wiederholen, was bereits mehrfach gehört wurde. Es gibt erstens keine anderen Standorte. Zweitens: Wenn man Land kaufen muss, dann kommt noch der Landpreis hinzu. Dann wird es auf jeden Fall nicht günstiger. Was sie etwas irritiert, ist das Ausspielen des Schwimmens gegen den Werkhof. Der Werkhof hat eine wichtige Bedeutung für die Bevölkerung in Binningen. Er erbringt geschätzte Dienstleistungen, wichtige Dienstleistungen. Sie findet es ganz bedenklich, wenn man nun sagt: «Wir müssen zuerst die Schwimmhalle sanieren und schauen dann für den Werkhof.». Es braucht beides. Beides wird geschätzt. Der Werkhof ist auch für die Sicherheit der Bevölkerung, die auf der Strasse unterwegs ist sehr wichtig. Die zuständige Gemeinderätin ist der Ansicht, Binningen hätte einen anständigen Bau verdient, in welchem auch die Sicherheit gewährleistet ist.

Ein letzter Punkt zu den Benchmarks: Man muss immer aufpassen, dass man Gleiches mit Gleichem vergleicht. Wenn man den Werkhof Ettingen erwähnt und diesen schnell in die Runde wirft, muss man sehen, dass dieser kostenmässig pro Kopf gemessen an der Bevölkerung gleich teuer ist wie der in Binningen geplante Werkhof bzw. tendenziell sogar etwas teurer. Hier im Rat einfach zu sagen, man müsse es nur vergleichen, es sei viel günstiger. Wangen an der Aare ist flach wie ein Pfannendeckel. Das kann man nicht mit dem Standort am Friedhof vergleichen. Sie bittet darum, wenn man schon Vergleiche anstellen will, diese auch bitte ernsthaft zu machen und nicht nur pauschal zu sagen: «Das geht günstiger.». Sie wiederholt nochmals: Wenn die Ratsmitglieder das Geschäft zur Neuplanung zurückweisen, dann wird einerseits Geld in den Sand gesetzt, welches bereits ausgegeben wurde. Adererseits verhindern die Anwesenden, dass Binningen einen modernen, zeitgemässen Werkhof erhält und nehmen in Kauf, dass hier einige Jahre gar nichts geht. Dass in zwei Jahren ein neues Projekt vorliegt, ist unrealistisch. Und wenn man in zwei Jahren ein Projekt hätte, dann würde es in die Bau- und Planungskommission gehen und dort auch nochmals ca. ein Jahr beraten werden. Solange kann beim bestehenden Werkhof nicht gewartet werden, bis die entsprechenden Sanierungsarbeiten getätigt werden müssen. Wenn die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte die Finanzen von Binningen im Blick haben, dann empfiehlt die zuständige Gemeinderätin, für die Variante «Verzichtsplanung» zu stimmen und sicher nicht für die Variante «Rückweisung».

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt der Präsident zur Abstimmung. Es liegen zwei Anträge aus der BPK vor: «Verzichtsplanung» und «Neuplanung». Diese werden einander in der ersten Abstimmung gegenübergestellt, um zu schauen, welcher obsiegt. Danach wird beim Siegerantrag Ziffer 1 bis 3 resp. 1 bis 4 durchgegangen und zum Schluss wird über den Zusatzantrag 8.3 abgestimmt.

Ausmehren: Variante «Verzichtsplanung» (JA) vs. Variante «Neuplanung» (NEIN) (Abstimmung 19)

Variante «Verzichtsplanung»: 21 JA

Variante «Neuplanung»: 18 JA

Antrag Ziffer 1 der Variante «Verzichtsplanung»: 24 JA / 3 NEIN / 11 Enthaltungen (Abstimmung 20)
Antrag Ziffer 2 der Variante «Verzichtsplanung»: 22 JA / 17 NEIN (Abstimmung 21)
Antrag Ziffer 3 der Variante «Verzichtsplanung»: 22 JA / 17 NEIN (Abstimmung 22)
Zusatzantrag der BPK 8.3: 38 ja / 1 Enthaltung (Abstimmung 23)

BESCHLUSS

- ://: 1. Das Geschäft 138/XII wird an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgewiesen.
 - ://: 2. Das überarbeitete Projekt orientiert sich am Vorschlag «Verzichtsplanung» des Gemeinderats und darf ein Kostendach von 12.1 Millionen Franken (+/- 10%) inkl. MWSt nicht überschreiten.
 - ://: 3. Der Projektierungskredit wird um 65 000 Franken erhöht.
 - ://: 4. Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Anhang zum Projekt-Leitfaden für Grossbauprojekte der Gemeinde zu erstellen, und greift darin die Eckpunkte gemäss Kapitel 7 des vorliegenden Berichts auf.
-

Präsident Sven Inäbnit, FDP legt dar, damit gehe das Projekt «Werkhof» mit einer mindestens ebenso bewegten Vergangenheit wie das vorherige Geschäft «Schulcampus» zurück an den Gemeinderat zur Überarbeitung. Zu gegebener Zeit wird der Rat das Projekt hier wieder beraten. Er dankt auch für die Beratung dieses sehr grossen Geschäfts. Dass man dort doch einen Schritt weitergeht, ist sicher auch im Sinn der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Binningen.

Traktanden 7 - 9

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 10

Diversa

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP informiert, dass eine Anfrage von Barbara Fankhauser zur Versorgungsregion vorliegt. Die Antwort des Gemeinderats liegt bereits vor. Es gibt darüber keine Diskussion. Er fragt den Gemeinderat trotzdem an, ob er noch eine Ergänzung dazu hat. Das ist nicht der Fall. Damit ist die Anfrage erledigt.

Der Präsident hat einleitend erwähnt, welche Mutationen im Rat erwartet werden. Damit möchte er nun zu den Verabschiedungen kommen.

Stephan Appenzeller wurde am 1. Juli 2016 ins Amt als Einwohnerrat gewählt und ist sicher fast allen Anwesenden noch bestens präsent als prägnanter und kompetenter Einwohnerratspräsident im Voll-Corona-Jahr 2020/21. Er war aber auch Präsident der SpezKo «Versorgungsregion Allschwil Binningen

Schönenbuch», Vize-Präsident der GRPK und ab 1. Juli 2020, wie vorhin gesehen, Präsident der BPK und Mitglied der SpezKo Immobilien-Strategie. Dass seine politische Karriere nun eine neue Dimension bekommt mit dem Amt als Gemeinderat ist mit diesem Palmarès ja schon fast selbstverständlich. Der Votant dankt Stephan Appenzeller herzlich für den grossen Einsatz und sein Engagement für den Einwohnerrat. Er war immer klar und wahrnehmbar. Dazu hat Stephan Appenzeller auch hinter den Kulissen nach Lösungen gesucht, oft auch vor den Kulissen nach Lösungen gesucht, um schliesslich im Rat wichtige Geschäfte verabschieden zu können. Bald wird er hier vorne als Gemeinderat Platz nehmen. Herzlichen Dank für alles. *[Applaus]*

Die zweite Person, die heute das letzte Mal im Rat gesessen hat, ist Susanne Tribolet. Sie hat fast ein ähnliches Palmarès wie Stephan Appenzeller. Susanne Tribolet ist am 1.1.2011, also vor 11 Jahren, in den Rat eingetreten und damals für Urs Kunz nachgerückt. Auch Susanne Tribolet war eine Vorgängerin des Redners im Amt hier oben auf der Bühne. Sie war 2016/17 Einwohnerratspräsidentin, über 6 Jahre Vize-Präsidentin der GRPK und ab 1.7.2020 noch ordentliches Mitglied der GRPK. Das Flair von Susanne Tribolet für Zahlen hat sie in der ganzen Zeit einfach an die GRPK gefesselt. Die Gemeinde konnte so lange von ihrer Fachkompetenz in dieser wichtigen Kommission profitieren. Ihr war und ist es immer noch wichtig, Kompromisse zu finden. Politische Lösungen, die manchmal auch etwas über die eigene Ideologie hinausgehen. Der Präsident denkt sehr gerne an die vielen Diskussionen zurück, in welchen Susanne Tribolet die Ratsmitglieder bewogen hat, aufeinander zuzugehen und die besten Lösungen bei politischen Divergenzen zu finden. Auch ihr dankt er für ihren Einsatz über all die Jahre und wünscht ihr im Namen des Einwohnerrats nur das Beste. *[Applaus]*

Heute gibt es nicht nur Ratsmitglieder aus dem Einwohnerrat zu verabschieden, sondern es ist auch die letzte Sitzung von Gemeinderätin Barbara Jost. Barbara Jost ist ungefähr gleich lange politisch aktiv, wie die Binninger Vergangenheit des Präsidenten ist. Also bereits recht lange. Sie wurde am 1. Juli 2004 Einwohnerrätin bis 2012. Sie hatte damals die Ambition auch einmal Einwohnerratspräsidentin zu werden. Dies wurde aber durchkreuzt, da sie in den Gemeinderat gewählt wurde. Ab dem 1. Juli 2012 bis jetzt, seit fast 10 langen Jahren, hat Barbara Jost die Gemeinde geprägt im Ressort «Soziales und Gesundheit» oder allen Zwischenstufen, wie dieses Ressort in diesen 10 Jahren einmal hiess. Nun heisst es «Gesundheit und Alter». Auch Barbara Jost war es immer ein Anliegen, das Beste für die Gemeinde und die betroffenen Personen erreichen zu können. Das ist im Ressort Soziales nicht immer ganz einfach. Es ist ein Spagat. Aber sie hat dies aus Optik des Einwohnerrats meistens sehr gut bewältigt. Wer Barbara Jost kennt, weiss wie hartnäckig sie in der Diskussion ist. Sie ist also nicht so leicht zu knacken. Aber sie hört zu und sie hat das Parlament als Gemeinderätin natürlich aus der eigenen Perspektive, welche sie vorher als Einwohnerrätin während 8 Jahren mitverfolgen konnte, verstanden. Insgesamt 18 lange Jahre Arbeit für die Gemeinde. Das ist sehr hoch zu verdanken. Es braucht einen langen Atem und ein Umfeld, welches dies ermöglicht. Und es braucht immer Motivation. Der Präsident findet es toll, dass Barbara Jost diese Motivation über all die Jahre gefunden hat. Der Einwohnerrat ist ihr dafür dankbar. Was nun kommen mag – er hat etwas von einer kleineren Pause gehört –, dafür wünscht er ihr schon jetzt gute Erholung. Herzlichen Dank für alles. *[Applaus]*

Gemeinderätin Barbara Jost, SP dankt dem Präsidenten für die lieben Worte. Sie möchte heute Abend doch gerne auch noch etwas sagen. Hier vorne konnte sie nicht so oft das Wort ergreifen, weil das Soziale und die Gesundheit nicht ganz so viele Geschäfte in den Einwohnerrat bringt, wie andere Bereiche dies tun. Sie findet es eigentlich ganz schön, heute aufhören zu können. Die heutige Sitzung war für sie natürlich ein Highlight. Es kann nun ein Projekt zur Abstimmung gebracht werden, welches der Gemeinderat gemeinsam erarbeitet, gemeinsam beraten hat. In Stunden, in Jahren. Es ist der Schulcampus Dorf. Sie ist froh und glücklich, dass nun die Bevölkerung dazu Stellung nehmen kann und hofft natürlich das Beste. Es ist wirklich etwas, dass man gemeinsam als Gemeinderat beraten hat. Wie natürlich auch der Werkhof, den sie bereits als Einwohnerrätin mitbekommen hat. Gemeinderätin zu sein hat Hochs und Tiefs. Das ist tatsächlich so. Einer der letzten Tiefpunkte war sicher der Entscheid des Regierungsrats, dass der Vertrag zur Versorgungsregion wie er von der Gemeinde in langen Sitzungen und vielen

Diskussionen ausgehandelt wurde, so nicht gültig sein soll und angepasst werden muss. Vielleicht ist es bezeichnend, dass die Gerichtsverhandlung am ersten Tag stattfindet, an welchem sie nicht mehr Gemeinderätin ist. Nämlich am Morgen um 8.15 Uhr am 1. Juni 2022. Darauf wird sie gespannt schauen und möchte auch wissen, was dort entschieden und wie Binningen weiter vorgehen wird.

Die Votantin möchte sich vor allem bedanken. Im Einwohnerrat sitzen Personen, mit welchen sie zum Teil bereits zusammengearbeitet hat, als sie selbst noch Einwohnerrätin war, in Kommissionen, in Gremien. Sie möchte sich für die gute Zusammenarbeit bedanken. Auch für kritische Fragen, für konstruktive Fragen, für die Unterstützung manchmal und manchmal halt auch nicht. Das hat sie dazu gezwungen, darüber nachzudenken und nach einem anderen Weg zu suchen. Es war eine tolle Arbeit. Sie geht mit einem lachenden Auge. Klar, sie hat eine Reise geplant, macht einen gewissen Break. Aber als sie am Abschliessen war, hat sie gemerkt, dass sie auch nochmals anfangen könnte. Dafür war der Abend heute aber auch bezeichnend. Sie kommt direkt von der Schule. Nein, es geht nicht. Sie kann nicht nochmals anfangen, nicht noch einmal einsteigen. Es ist gut. Sie gibt es in gute Hände weiter und wünscht dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat zusammen viele gute und auch konstruktive Auseinandersetzungen. Ein Auseinandernehmen und dann zusammen einen Weg finden, der für die Bevölkerung, für die Binningerinnen und Binniger Mehrwert bringt. Vielen Dank. *[Applaus]*

Präsident Sven Inäbñit, FDP möchte abschliessend noch kurz auf den geplanten Einwohnerratsausflug vom 18. Juni hinweisen. Die Anmeldetalons kommen in Kürze. Der Ausflug ist auch für Personen, die nicht so gut zu Fuss sind. Es wird keine grösseren Wanderungen oder Spaziergänge geben. Mehr verrät er an dieser Stelle noch nicht. Das Nachtessen wird in Binningen eingenommen. Das darf er jetzt schon sagen, um den Ratsmitgliedern eine gewisse grobe Planung zu ermöglichen. Selbstverständlich würde er sich riesig über eine grosse Teilnahme freuen. Dass es heute etwas später werden würde, war absehbar. Aber in Anbetracht des Erreichten war es das wert, die Zeit einzusetzen. Die übrigen drei Traktanden werden in Kürze an der nächsten Sitzung absolviert. Die nächste Sitzung ist die letzte im Amtsjahr und findet am 27. Juni statt. Sie beginnt bereits um 19 Uhr. In diesem Sinn dankt der Präsident den Anwesenden für die konstruktive Mitarbeit und die engagierten Voten und Meinungen seitens beider Räte, die hier vertreten sind. Den Zuschauenden dankt er für das Ausharren. Es war sicher eine der interessanteren Sitzungen mit den beiden grossen und wichtigen Geschäften. Bis dahin alles Gute und einen guten Start in den hoffentlich schönen und warmen Frühsommer.

Damit schliesst der Präsident die Sitzung um 22.21 Uhr.

ER-Sitzung vom 16. Mai 2022

| | | | Gesch. Nr. 88 | | Gesch. Nr. 72 | | | | | | |
|-----|----------------|----------|--------------------------|--------------------------------|------------------------------|---|--|--------------------------------|---|--------------------------------|---|
| | | | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| Nr. | Name | Fraktion | Streichung § 2 Abs. 4 | Genehmigung Fonds-Reglement | Rückkommen auf § 4 Abs. 1 | § 4 Abs. 1: Nachruhe SVP: 22 - 6 Uhr (JA) vs. Synopse: 23 - 7 Uhr (NEIN) | § 4 Abs. 2: Mittagsruhe FDP: bis 14 Uhr (JA) vs. Synopse: bis 13 Uhr (NEIN) | Genehmigung Anpassungen VOR | Inkraftsetzung teilrevidiertes VOR per 1. August 2022 | Genehmigung Anpassungen PoR | Zwischenbericht und Totalrevision PoR Antrag FDP (NEIN) vs. Antrag GR (JA) |
| 1 | Bertschi | EVP | Nein | Ja | Nein | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 2 | Büschen | Grüne | Enthaltung | Ja | Enthaltung | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 3 | Glaser K. | Grüne | Ja | Ja | Nein | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 4 | Glaser S. | Grüne | Enthaltung | Ja | Nein | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 5 | Hauri S. | Grüne | Enthaltung | Ja | Enthaltung | Nein | Not voted | Ja | Ja | Ja | Enthaltung |
| 6 | Hauri U. | Grüne | Enthaltung | Ja | Enthaltung | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 7 | Schilling | Grüne | Ja | Ja | Nein | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 8 | Schwarb | Grüne | Enthaltung | Ja | Enthaltung | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 9 | Sutter Rehmann | Grüne | Ja | Ja | Nein | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 10 | Abt | SP | Ja | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 11 | Appenzeller | SP | Ja | Ja | Nein | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 12 | Benthaus | SP | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 13 | Büchelin | SP | Ja | Ja | Ja | Enthaltung | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 14 | Müller | SP | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 15 | Schellenberg | SP | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 16 | Strebel | SP | Ja | Ja | Nein | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 17 | Strondl | SP | Ja | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 18 | Tribolet | SP | Ja | Ja | Enthaltung | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja |
| 19 | Alt | Mitte | Not voted | Not voted | Not voted | Not voted | Not voted | Not voted | Not voted | Not voted | Not voted |
| 20 | Amacker | Mitte | Enthaltung | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 21 | Eldridge | GLP | Nein | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 22 | Hafner | Mitte | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 23 | Frauchiger | FDP | Nein | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 24 | Fünfschilling | FDP | Nein | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 25 | Häfele | FDP | Nein | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein | Nein |
| 26 | Inäbnit C. | FDP | Nein | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 27 | Inäbnit S. | FDP | Nein | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 28 | Maier | FDP | Nein | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 29 | Meyer | FDP | Nein | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 30 | Schinzler | FDP | Nein | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 31 | Setz | FDP | Enthaltung | Ja | Ja | Nein | Enthaltung | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 32 | Treuthardt | FDP | Nein | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 33 | Zimmermann | FDP | Nein | Ja | Ja | Nein | Enthaltung | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 34 | Blaser | SVP | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja |
| 35 | Fankhauser | SVP | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein | Nein |
| 36 | Keller | SVP | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Enthaltung | Nein |
| 37 | Oberli | SVP | Nein | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| 38 | Siegel | SVP | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Nein | Nein |
| 39 | Steffen | SVP | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein | Nein |
| 40 | Widmer | SVP | Nein | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja |

TOTAL

| | | | | | | | | | | |
|--------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Ja | 12 | 39 | 24 | 7 | 17 | 39 | 39 | 39 | 32 | 12 |
| Nein | 20 | 0 | 10 | 31 | 19 | 0 | 0 | 0 | 6 | 26 |
| Enthaltungen | 7 | 0 | 5 | 1 | 2 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| | 39 | 39 | 39 | 39 | 38 | 39 | 39 | 39 | 39 | 39 |

ER-Sitzung vom 16. Mai 2022

| | | Gesch. Nr 61 | | | |
|-----|----------------|--------------|--|-------------------------------|--|
| | | 21 | 22 | 23 | |
| Nr. | Name | Fraktion | Verzichtsplanung mit Kostendach 12.1. Mio. Franken | Erhöhung Projektierungskredit | Auftrag an GR: Projektleitfaden für Grossbauprojekte |
| 1 | Bertschi | EVP | Ja | Ja | Ja |
| 2 | Büschen | Grüne | Ja | Ja | Ja |
| 3 | Glaser K. | Grüne | Ja | Ja | Ja |
| 4 | Glaser S. | Grüne | Ja | Ja | Ja |
| 5 | Hauri S. | Grüne | Ja | Ja | Ja |
| 6 | Hauri U. | Grüne | Ja | Ja | Ja |
| 7 | Schilling | Grüne | Ja | Ja | Ja |
| 8 | Schwarb | Grüne | Ja | Ja | Ja |
| 9 | Sutter Rehmann | Grüne | Ja | Ja | Ja |
| 10 | Abt | SP | Ja | Ja | Ja |
| 11 | Appenzeller | SP | Ja | Ja | Ja |
| 12 | Benthaus | SP | Ja | Ja | Ja |
| 13 | Büchelín | SP | Ja | Ja | Ja |
| 14 | Müller | SP | Ja | Ja | Ja |
| 15 | Schellenberg | SP | Ja | Ja | Ja |
| 16 | Strebel | SP | Ja | Ja | Ja |
| 17 | Strondl | SP | Ja | Ja | Ja |
| 18 | Tribolet | SP | Ja | Ja | Ja |
| 19 | Alt | Mitte | Not voted | Not voted | Not voted |
| 20 | Amacker | Mitte | Ja | Ja | Ja |
| 21 | Eldridge | GLP | Ja | Ja | Ja |
| 22 | Häfner | Mitte | Ja | Ja | Ja |
| 23 | Frauchiger | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 24 | Fünfschilling | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 25 | Häfele | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 26 | Inäbnit C. | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 27 | Inäbnit S. | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 28 | Maier | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 29 | Meyer | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 30 | Schinzl | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 31 | Setz | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 32 | Treuthardt | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 33 | Zimmermann | FDP | Nein | Nein | Ja |
| 34 | Blaser | SVP | Nein | Nein | Nein |
| 35 | Fankhauser | SVP | Nein | Nein | Ja |
| 36 | Keller | SVP | Nein | Nein | Ja |
| 37 | Oberli | SVP | Nein | Nein | Ja |
| 38 | Siegel | SVP | Nein | Nein | Ja |
| 39 | Steffen | SVP | Nein | Nein | Ja |
| 40 | Widmer | SVP | Ja | Ja | Ja |

TOTAL

| | | | |
|--------------|-----------|-----------|-----------|
| Ja | 22 | 22 | 38 |
| Nein | 17 | 17 | 1 |
| Enthaltungen | 0 | 0 | 0 |
| | 39 | 39 | 39 |